



Landtagswahl Bayern 2018

Die wesentlichen Kernforderungen
von FDP, CSU, SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, AfD und Freie Wähler

Bildung	3	Energie, Umwelt und Wohnungsbau	31
Digitale Bildung	4	Energie und Klima	32
Frühkindliche Bildung	5	Mobilität	34
Schule	6	Umwelt und Natur	36
Berufliche Bildung	8	Landwirtschaft und Ernährung	37
Hochschule	10	Tierschutz	38
Lebenslanges Lernen	12	Wohnen und Bauen	39
Wirtschaft, Digitalisierung und Finanzen	13	Innere Sicherheit, Offene Gesellschaft und Europa	41
Wirtschaft und Innovation	14	Innere Sicherheit und Justiz	42
Start-ups und Gründerkultur	16	Bürgerrechte und Datenschutz	43
Tourismuswirtschaft	17	Einwanderung und Integration	44
Digitale Infrastruktur	18	Demokratie und Bürgerbeteiligung	46
E-Government	19	Ehrenamt, Sport und Vereine	47
Landesfinanzen	20	Europa und EU	48
Arbeit, Gesundheit und Soziales	21		
Arbeitsbedingungen	22		
Familie	23		
Gesundheit und Pflege	24		
Drogenpolitik	26		
Gleichberechtigung	27		
Inklusion	28		
Kultur	29		
Medien	30		

Bildung

FDP

Digitale Strukturen für alle Einrichtungen entlang der Bildungskette

Flächendeckender Einsatz digitaler Software zum Lernen und Forschen

Ausstattung aller Bildungseinrichtungen mit WLAN und leistungsfähigem Breitbandnetz

Professionelle und mit ausreichend Personal ausgestattete Systembetreuung

Kreativ-Labs für digitales Lernen an Schulen

Entscheidungsfreiheit für Schulen bei der Bereitstellung von Endgeräten

Kostenübernahme der Endgeräte für finanzielle Härtefälle durch den Freistaat

Aufnahme digitaler Lehr- und Lernmöglichkeiten ins bayerische Bildungssystem

Ausbau der digitalen Infrastruktur an bayerischen Hochschulen

Vermittlung methodischer Kompetenzen für die digitale Welt

CSU

Verbesserung der digitalen Ausstattung der Schulen

50.000 digitale Klassenzimmer

Aufstockung des Digitalbonus

SPD

Integration digitaler Kompetenzen in die Lehrpläne

Ausstattung der Schulen mit Hardware, Software und IT-Personal

DIE LINKE

Ausbau der Fortbildungsangebote für Lehrkräfte

Verwendung freier Software und offen spezifizierter Hardware in Bildungseinrichtungen

Mobile Endgeräte als Teil der Bildungsausstattung

Frühzeitiger Umgang mit den Prinzipien digitaler Technologien

Medienkompetenz als fächerübergreifender Teil des Lehrplans

Unterrichtsmaterialien und Schulbücher in digitaler Form

Planstellen für Fachkräfte zur Betreuung der IT-Infrastruktur an Schulen

Leistungsfähige Breitbandanschlüsse und WLAN für alle an Schulen

Zeitgemäße Hard- und Software-Ausstattung von Schulen

B 90/Die Grünen

Vermittlung eines verantwortungsvollen Umgangs mit digitalen Medien

Fortbildungsangebote für Lehrkräfte

Digitale Ausstattung für Schulen

Fachpersonal für die Systembetreuung

AfD

-

Freie Wähler

Digitale Bildung von der Grundschule bis ins Studium

Digitale Bildung als verpflichtender Bestandteil der Lehrerbildung

Digitale Lernformate in Schulen und Hochschulen

Verpflichtender Unterricht von Informations- und Kommunikationstechnologie an weiterführenden Schulen

Förderprogramm für die IT-Ausstattung

Glasfaserinternet für alle Schulen und Hochschulen

Ausbau digitaler Lehr-, Lern- und Forschungsformate an Hochschulen

Ausbau der digitalen Berufsausbildung

Digitale Weiterbildungsstrategie für das lebenslange Lernen

Offene Online-Hochschulkurse für alle bayerischen Bürger

FDP

Förderung des Sprach-
erwerbs und der Persönlich-
keitsentwicklung

Mehr Anerkennung und
bessere Bezahlung des
Erzieherberufs

Verkürzung der Ausbildungs-
dauer zum Erzieher

Absenkung der
bürokratischen Hürden zur
Gründung neuer KiTas

Senkung der KiTa-Gebühren

Langfristiges Ziel der
Beitragsfreiheit

Bessere Betreuung durch
Anpassung des Anstellungs-
schlüssels

Besserer Personalschlüssel
für inklusive KiTas

Stärkere Förderung von
Betriebskindergärten

Stärkere Orientierung von
Öffnungszeiten an den
Arbeitszeiten der Eltern

Einschränkung bürokratischer
Hürden nichtstaatlicher
Kindertagespflege

Abschaffung der
„Herdprämie“

CSU

Qualitätsoffensive
für alle Kinderbetreuungs-
einrichtungen

Erhöhung von
Betreuungsgeld und
Landeserziehungsgeld

30.000 neue Betreuungs-
plätze bis 2030

Längere Öffnungszeiten

2.000 neue Tagespflege-
personen

10.000 neue Hortplätze
bis 2025

SPD

Sofortprogramm für mehr
Erzieher/innen

Attraktivere Ausbildung mit
Ausbildungsvergütung für
Erzieher/innen

Gute Arbeitsbedingungen
und angemessene
Entlohnung für
Erzieher/innen

Angemessene Vergütung
für Quereinsteiger/innen

Kostenfreie KiTas und
Kindergärten

Unterstützung von
Unternehmen bei
der Schaffung neuer
Betriebs-KiTas

DIE LINKE

Flexible Betreuungszeiten
in Krippe und KiTa von
mindestens zehn Stunden
täglich

Betreuungsangebote am
Wochenende und in den
Nachtstunden

Barrierefreie KiTas

Speziell ausgebildete
Erzieherinnen und Erzieher
für Kinder mit Behinderung

Umfassendes
Weiterbildungsangebot für
Erzieherinnen und Erzieher

Gesunde und kostenfreie
Mahlzeiten in allen
Einrichtungen

Gebührenfreie
Tageseinrichtungen

Bessere Bezahlung
von Kinderpflegerinnen
und -pflegern

Erhöhung des
Grundbetreuungsschlüssels

Kompetente interkulturelle
Erziehung

Keine staatliche Förderung
für gewinnorientierte
Kindertagesstätten

B 90/Die Grünen

Mehr Plätze in Horten,
KiTas und Krippen

Mehr Erzieher*innen und
kleinere Gruppen

Fachliche Unterstützung
für Inklusion und KiTas in
sozialen Brennpunkten

Bessere Arbeitsbedingungen
und bessere Bezahlung für
Erzieher*innen

Gewinnung von mehr
Männern für den Beruf
des Erziehers

Kindertagesstätten als
inklusive Einrichtungen

Familienfreundliche
Öffnungszeiten

Keine Gebühren für das
erste Kindergartenjahr

Langfristiges Ziel der
Beitragsfreiheit

AfD

Finanzielle Gleichstellung
der elterlichen Betreuung
und der frühkindlichen
Fremdbetreuung

Landeserziehungsgeld
für betreuende Eltern

Kopftuchverbot für
Erzieherinnen in
Bildungseinrichtungen
unter staatlicher Aufsicht

Kopftuchverbot von
Kindern in vorschulischen
Bildungseinrichtungen

Freie Wähler

Kostenfreie Kinderbetreuung

Ausbau von
Bildungsanstrengungen
ab der KiTa

FDP	CSU	SPD	DIE LINKE	B 90/Die Grünen	AfD	Freie Wähler
Recht auf Ganztagsschulplatz für Grundschulen	Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung im Grundschulalter	Recht auf Ganztagsschulplatz für alle Kinder	Flächendeckendes Ganztagsangebot	Fächerübergreifende politische und philosophische Bildung ab der Grundschule	Angemessenes Wissensniveau in Breite und Tiefe	Sanierung und Neubau von Schulen
Leistungsprinzip beim Schulübergang	2.000 neue Lehrerstellen	Begrenzung der Klassen- größen auf 25 Schüler/innen	Rücknahme der Personal- kürzungen und Arbeitszeit- verlängerungen	Mehr Schülermitverant- wortung auf Schul- wie auf Landesebene	Ablehnung politischer Indoktrination	Ganztagsbetreuung bis zum 14. Lebensjahr
Bessere Durchlässigkeit des Bildungssystems	Unterrichtsschwerpunkt „Mundart und regionale Kultur“	Unterstützung von Lehrkräften durch pädagogische Fachkräfte	Reduzierung von Klassen- größen auf höchstens 25 Schülerinnen und Schüler	Verpflichtendes Unterrichts- fach „Philosophie und Religionskunde“	Ablehnung einseitiger Aufrufe zum „Kampf gegen Rechts“ an Schulen	Bestandsgarantie für alle Schulstandorte
Vermittlung von Lebens- kompetenzen in der Ganztagssschule	Individuellere Förderung durch externe Fachkräfte	Mehr Verwaltungspersonal für Schulleitungen	Stärkung der pädagogischen Freiheit der Lehrkräfte	Wahl der weiterführenden Schule durch Eltern	Beendigung der Initiative „Schule mit Courage – Schule ohne Rassismus“	Freie Schulen und freie Träger finanziell stärken
Ausbau des Managementwissens in den Schulleitungen	500 neue Fachkräfte im Bereich Schulsozialarbeit	Schaffung von Gemeinschaftsschulen	Gleichwertige Besoldung (mindestens A 13) von Lehrerinnen und Lehrern an allen Schulformen	Ermöglichung einer längeren gemeinsamen Schulzeit	Festhalten am mehr- gliedrigen Schulsystem	Mehr Kooperation im Schul- bereich auf Bundesebene
Mehr Entscheidungsfreiheit für Schulen	Intensivere Sprachförderung für Zuwanderer	Kein Lehramt ohne Masterabschluss	Beteiligungsorientierte Unterrichtsmethoden	Stärkung von Schüler/innen an Mittelschulen	Leistungsprinzip beim Schulwechsel	Dreigliedriges Schulsystem beibehalten
Individuelle Förderung von Schülern mit besonderem Talent		Gleiche Bezahlung aller Lehrer*innen aller Schularten	Geschlechtssensible Unterrichtsmaterialien und -methoden	Anhebung des Lohnniveaus der niedriger entlohten Lehrkräfte auf das Niveau der am höchsten entlohten Lehrkräfte	Einheitliche Prüfungen als Kriterium für den Schulübertritt	Bessere Durchlässigkeit des Bildungssystems
Erhalt des Förderschulsystems		Erhöhung der Lehramts- Anwärterbezüge	Schulsozialarbeit in allen Schulen	110-prozentige Unterrichts- versorgung	Keine verpflichtende Ganztagssschule	Erhalt von Förderschulen
Bessere Unterstützung integrativer Bildungsstätten		Unterstützung von Kindern mit Migrationshintergrund beim Spracherwerb	Mehr Mitbestimmungsrecht für Schülerinnen und Schüler	Stärkere Ausrichtung der Lehrkräfteausbildung an der Praxis	Stärkung und Ausbau von Förderschulen	Weiterentwicklung der Aus- und Fortbildung für Lehrer
Gemeinsamer Religions- kunde- und Ethikunterricht		Umsetzung der UN-Behinder- tenrechtskonvention	Verbot von Bundeswehr- Auftritten an Schulen	Sicherstellung von Schulsozialarbeit an allen Schularten	Gezielte Förderung hochbegabter Kinder	Festanstellungen statt Zeitarbeitsverträge
Erhalt des mehrgliedrigen Schulsystems		Mehr Schüler/innen- mitverantwortung	Keine Schulschließungen auf dem Dorf	Einstellung des Gender- Mainstreamings an Schulen	Stärkung des traditionellen Familienbilds	Erhöhung der Einstiegs- gehälter von Grund- und Mittelschullehrern
Bessere personelle Ausstattung und Durch- lässigkeit von Mittelschulen		Schulstandortgarantie für Bayern				Schulfach „Alltagskompe- tenz“ einführen

FDP

Stärkung von MINT-Fächern und digitalen Methoden an Realschulen

Mehr Flexibilität bei der Profilbildung für Gymnasien

Mehr Wahlfreiheit in der Oberstufe an den Gymnasien

Erhalt und bessere Förderung von Privatschulen

Mehr Personal für Fach- und Berufsoberschulen

Umfassende politische Bildung

CSU

SPD

DIE LINKE

B 90/Die Grünen

AfD

Freie Wähler

Bessere und faire Finanzierung für Schulen in freier Trägerschaft

Stärkung des Sport- und Schwimmunterrichts

FDP

Fortführung des Meisterbonus

Weiterentwicklung des Meister- oder Aufstiegs-BAföG

Finanzierung von Aufstiegsqualifizierungen über Bildungsgutscheine

Sanierung und Neubau von Berufsschulen

Anpassung der Lehr- und Ausbildungspläne an berufliche Veränderungen

Ausbau der digitalen Infrastruktur an Berufsschulen

Zusätzliches Deutschangebot für Auszubildende mit Migrationshintergrund

Modularisierung und Flexibilisierung der Ausbildung

Kostenfreiheit für fachmedizinische und physiotherapeutische Ausbildungen

Bayerische Exzellenzinitiative für berufliche Bildung

CSU

Mehr Investitionen in berufliche Bildungsstätten

Leichter Zugang zu Forschung und Entwicklung

Schaffung von Innovations- und Technologiernetzwerken bei den Handwerksorganisationen

Einrichtung von Demonstrationszentren „Innovatives Handwerk“

Aufstockung des Digitalbonus

SPD

Ausbildungsgarantie

Stärkung des Dualen Systems der Berufsausbildung

Einführung einer Mindestauszubildendenvergütung

Stärkere Ahndung von Verstößen gegen das Berufsbildungsgesetz

Gleichwertigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung

Werbeoffensive für die berufliche Bildung

Gute Personalausstattung in den Berufsschulen

Etablierung von Auszubildendenräten in den Berufsschulen

Stärkung der Anlaufstellen für Auszubildende in den Berufsschulen

DIE LINKE

Ausbau von Qualifizierungsangeboten

Entkoppelung ausbildungsbegleitender Maßnahmen für Geflüchtete vom Aufenthaltsstatus

Bestehen auf die finanzielle Verantwortung der Arbeitgeber

Kostenfreiheit für Berufsausbildungen wie Logopädie oder Physiotherapie

Ausbildungsabgabe für Unternehmen, die nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen

Verbesserung der Berufsberatung und -vorbereitung

Enge Verzahnung der Lernorte Betrieb und Berufsschule

Anpassung der beruflichen Bildung an Arbeit 4.0

Keine Ausbeutung von Auszubildenden als billige Arbeitskräfte

Mehr Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen

B 90/Die Grünen

Reduzierung der Zahl der Ausbildungsabbrecher/innen

Abschaffung der Ungleichheiten bei vermeintlichen „Frauen-“ bzw. „Männerberufen“

Gesellschaftliche Anerkennung der dualen Ausbildung

Gute Ausstattung und mehr Lehrkräfte an beruflichen Schulen

Ausbau der Berufsberatung in allen Schulen

Bessere Unterstützung für Ausbildungsbetriebe

Anpassung des Unterrichts an die Veränderungen der Praxis

Ausbau von Unterstützungsangeboten an den Berufsschulen

AfD

Höhere Wertschätzung nichtakademischer Ausbildungen und handwerklicher Berufe

Festhalten am dualen Ausbildungssystem

Freie Wähler

Verpflichtendes Betriebspraktikum für alle Schularten

Weiterqualifizierung von Studien- und Berufsberatern

Ausbau der Maßnahmen zur Berufsorientierung an Schulen

Sicherstellung der Lehrerversorgung

Staatliche Imagekampagne für die duale Ausbildung

Optimierung der Übergänge zwischen akademischer und beruflicher Bildung

Anerkennung beruflicher Abschlüsse an Hochschulen

Verbesserung der Inklusion und Integration an beruflichen Schulen

Aufwertung und bessere Ausstattung von Berufsschulen

Ausbau der digitalen Berufsausbildung

Bildungsgutscheine von 2.000 Euro für die Meisterausbildung

FDP

Wechselseitige Anrechnung von Modulen bei beruflicher und akademischer Bildung

Ausbau dualer Studiengänge

Ausbau der Kooperation von Berufsschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaft

Anerkennung beruflich erworbener Qualifikationen als Studienleistungen

Erleichterung des Übergangs von Studium zu Ausbildung

CSU

SPD

DIE LINKE

Anpassung der Besoldung von Lehrkräften an berufsbildenden an die Besoldung an allgemeinbildenden Schulen

Besondere Unterstützung von Auszubildenden aus schwierigen Lebens- und Familienverhältnissen

Kostenfreies Azubiticket

Ausbau der Wohnheime für Azubis

B 90/Die Grünen

AfD

Freie Wähler

FDP

Umsetzung eines Hochschulfreiheitsgesetzes

Selbstständige Mittelverwendung von Hochschulen

Umsetzung eines Hochschulentwicklungsprogramms 2030

Ausbau des Managementwissens in den Hochschulleitungen

Sicherung der Eigenverantwortung bei Forschungsk Kooperationen

Wettbewerbsfähiges Berufungs- und Karrieremanagement

Bessere Betreuungsmöglichkeiten für internationale Doktoranden und Postdoktoranden

Unterstützung von Austauschprogrammen

Mehr Freiheit bei der Hochschulzulassung

Mehr Flexibilität bei der Festsetzung der Regelstudienzeit

Elternunabhängiges BAföG

CSU

18.000 neue Studienplätze in Bayern

Gründung eines Zentrums für natürliche Materialien und innovative Stoffe

Neue Uni-Klinik in Augsburg

Neue High-Tech-Universität in Nürnberg

SPD

Sicherung eines gebührenfreien Studiums

Bayerischer Hochschulsozialpakt

Mehr Wohnheimplätze

Verbesserte Investitionen in bayerische Hochschulen

Behebung des Sanierungsstaus im bayerischen Hochschulbereich

Erarbeitung gemeinsamer Regelungen zur Annahme und Anwendung von Drittmitteln

Berücksichtigung der Bedürfnisse von Studierenden mit Kindern

Barrierefreie Hochschulgebäude, Wohnheimplätze und Prüfungen

Unterstützung von Geflüchteten mit Interesse an akademischer Bildung

Stärkung der inneren Demokratie und der Gleichberechtigung an Hochschulen

Studierendenvertretungen mit Satzungs- und Finanzhoheit sowie mit politischem Mandat

DIE LINKE

Keine Regelstudienzeit

Zusätzliche unbefristete Stellen in Forschung, Lehre und Verwaltung

Förderprogramme für die wissenschaftliche Qualifikation von Frauen, Personen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Handicap

Open-Access-Pflicht aller steuerfinanzierten wissenschaftlichen Erkenntnisse

Verbot von Rüstungsforschung

BAföG als elternunabhängige, rückzahlungs- und repressionsfreie Studienfinanzierung

Erweiterung der Lehr- und Lernmittelfreiheit auf die Hochschulen

Fokussierung auf eine öffentliche Finanzierung der Hochschulen

Freier Zugang zum Master

Master als Regelabschluss an allen Hochschulen

Öffnung der Hochschulen für Berufstätige

B 90/Die Grünen

Wissenschaftspolitik für mehr Demokratie an den Hochschulen

Verbesserung des Orientierungsangebots

Abbau des Sanierungsstaus an Hochschulen

Ausreichende Grundfinanzierung der Hochschulen

Stärkung des Forschens für eine nachhaltige Gestaltung der Zukunft

Begrenzung der Rüstungsforschung an Hochschulen

Konsequente Technikfolgenabschätzung der Auswirkungen der Digitalisierung

Reform des BAföG auf Bundesebene

Ausbau studentischen Wohnraums

Bereitstellung ausreichender Studienplätze

Keine Gebühren für Studium und Sprachkurse

Barrierefreier Ausbau von Hochschulen

AfD

Einstellung ideologisch motivierter Forschungszweige

Reduzierung der Abhängigkeit von Drittmitteln

Verbot von Eingriffen in die akademische Sprachkultur wie das „Gendern“

Förderung von Deutsch als Lehr- und Wissenschaftssprache

Rückkehr zu Diplom, Magister und Staatsexamen

Gliederung der Hochschultypen in Universitäten mit ausschließlichem Promotionsrecht, Fachhochschulen für die wirtschaftsnahe Ausbildung und pädagogische Hochschulen für die besonderen Anforderungen des Lehramts

Höhere Grundfinanzierung von Hochschulen

Bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler

Freie Wähler

Anpassung des BAföG an die Lebenswirklichkeit

Masterzugang für jeden Bachelor-Absolventen

Wiedereinführung von Diplomstudiengängen

Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen

Ausbau digitaler Lehr-, Lern- und Forschungsformate an Hochschulen

Bessere Bezahlung des Lehrpersonals im akademischen Mittelbau

Festanstellungen statt Zeitverträge

Mehr bezahlbarer Wohnraum für Studierende

Ausbau von Teilzeitstudiengängen ohne Studiengebühren

Flexiblere Anerkennung von Studienleistungen

Stärkung der Lehrbeauftragten

FDP

Ausbau des Angebots für Studierende mit Kindern

Möglichkeit zur Einführung von Studiengebühren von bis zu 500 Euro pro Semester mit nachgelagerter Erhebung

Stärkung des Austauschs zwischen Wissenschaft und Gesellschaft

Stärkung des Wissenstransfers zwischen den Akteuren vor Ort

Mehr Professorenstellen

Erleichterung des Übergangs zu Lebenszeitprofessuren

Erhöhung der Attraktivität einer Hochschulkarriere

Einführung eines Gründersemesters

Förderung konkreter Kooperationsprojekte zwischen beruflicher und akademischer Bildung

Ausbau der digitalen Infrastruktur an bayerischen Hochschulen

CSU

SPD

Bessere Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler/innen

Engere Kooperation außeruniversitärer und universitärer Forschung

Gesetzlichen Grundlage für das Duale Studium

Stärkerer Fokus auf angewandte Wissenschaften

Promotionsrecht für Fächer mit Schwerpunkten in angewandter Forschung

DIE LINKE

Inklusive und barrierefreie Hochschulen

Keine Zulassungsbeschränkungen

Ausbau des studentischen Wohnraums

Neufassung des Bayerischen Hochschulgesetzes

Frauenquote von 50 Prozent auf jeder Karrierestufe

Tarifautonomie für wissenschaftlich Beschäftigte

Umwandlung von Lehraufträgen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse

Öffnung der Hochschulen für Geflüchtete

B 90/Die Grünen

Stärkung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

Ausbau der interdisziplinären Genderforschung

Abbau von Zulassungsbeschränkungen

Verlässliche Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs

AfD

Freie Wähler

FDP

Stärkung anwendungsorientierter Teilqualifizierungen und Umschulungen

Unbürokratisches Modell für Bildungssparen

Anrechenbarkeit von Fortbildungskosten als Betriebsausgaben

Bereitstellung von Unterrichts- und Lehrmaterialien im Internet

Bessere Nutzung der Virtuellen Hochschule Bayern (vhb)

CSU

Bildungschecks von max. 500 Euro für digitale Bildung von Arbeitnehmern

Einsetzung von digitalen Bildungsberatern

Weiterbildungspakt zur Qualifizierung von Jugendlichen ohne Ausbildung, Langzeitarbeitslosen oder Älteren

Nachqualifizierung von über 100.000 Fachkräften durch Weiterbildungspakt

SPD

Abstimmung der Erwachsenenbildung auf die Bedürfnisse von Lernenden

Rechtsanspruch auf berufliche und gesellschaftspolitische Weiterbildung

Bildungsfreistellungsgesetz

DIE LINKE

Erhalt und Ausbau der Volkshochschulen

Bereitstellung öffentlicher Bibliotheken

Weiterbildungsgesetz für Bayern

Mindestens zweiwöchiger gesetzlicher Bildungsurlaub

Mindesthonorar für freiberuflich tätige Lehrkräfte

Weiterbildungsetat von mindestens 1 Prozent des Bildungsetats

Trägerunabhängige Weiterbildungsberatung

B 90/Die Grünen

Stärkung der Erwachsenenbildung

Bildungsfreistellungsgesetz auf Landesebene

AfD

-

Freie Wähler

Wohnortnahe und bedarfsorientierte Erwachsenenbildung

Novellierung des Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes

Mehr Fördermittel für die Erwachsenenbildung

Digitale Weiterbildungsstrategie für das lebenslange Lernen

Wirtschaft, Digitalisierung und Finanzen

FDP	CSU	SPD	DIE LINKE	B 90/Die Grünen	AfD	Freie Wähler
Digitale Freiheitszonen für Bayern	Raumfahrt als bayerische Schlüsseltechnologie	Stärkung der regionalen Strukturpolitik des Freistaats	Gestaltende Wirtschaftspolitik im Interesse des Gemeinwohls	Ökologische Modernisierung als Zukunft der bayerischen Wirtschaft	Förderung der MINT-Fächer in Schulen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen	Moderne und ganzheitliche Innovationspolitik
Förderung des lokalen Wissenstransfers zwischen allen Akteuren	Gründung einer Fakultät für Raumfahrt an der TU München	Wiedereinführung einer bayerischen Industriepolitik	Unterstützung regionaler Kreisläufe	Wirtschaftsförderung für innovative kleine und mittlere sowie gemeinwohlorientierte Unternehmen	Ideologiefreie Diskussion zu neuen Technologien	Wirtschaftsförderung aus einer Hand
Bayerische Agentur für radikale Innovation	Entwicklung eines bayerischen Supercomputers	Stärkung von Handwerk, Mittelstand und traditionellen Branchen	Unterstützung eines eigenständigen Handwerks	Unterstützung von Handwerk und KMU auf dem Weg in die digitale Wirtschaft	Förderung der disziplinübergreifenden Forschung und Entwicklung	Zeitgemäße Erfolgskontrolle der Wirtschaftsförderung
Maßgeschneiderte Innovationsinitiativen für übermäßig stark spezialisierte Regionen	Entwicklung eines Quantencomputers	Landesinitiative für Mobilität	Ausbau der öffentlichen Beschäftigung	Bayernweite Plattformen für kleine und mittlere Unternehmen	Intensivierung der Kooperation zwischen Lehre, Forschung, Industrie und Gründerzentren	Konsequente Ausrichtung der Wirtschaftsförderung auf Mittelstand und Industrie 4.0
Stärkeres Vertrauen auf die Regelungskompetenz der sozialen Marktwirtschaft	Vorantreiben der Medizinforschung 280 Mio. Euro zur Gründung eines Kompetenznetzwerks für Künstliche maschinelle Intelligenz	Maßnahmen zur Fachkräftesicherung	Gezielte Investition in Forschung und Bildung	Strategie für eine „Gute Arbeit 4.0“	Förderung der Schwerpunktthemen Energietechnologie, Elektromobilität und autonome Transportsysteme, Informationstechnologie, neue Werkstoffe und Materialwissenschaften, additive Fertigungstechniken, Luft- und Raumfahrt, Mechatronik, Biotechnologie und Chemie	Digitalbonus für kleine und mittlere Unternehmen auch nach 2018
Fokussierung auf intelligentes und nachhaltiges Wachstum	Bau der ersten Referenzstrecke für ein Hyperloop-System	Nachhaltige Gestaltung der Energiewende		Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe	Schaffung eines Risikokapitalfonds	Stärkung der Schlüsseltechnologien Robotik, Mikroelektronik, künstliche Intelligenz und autonomes Fahren
Stärkere Zusammenarbeit von Unternehmen und Hochschulen	Bayern als führende Pilot- und Produktionsregion für individuellen Flugverkehr			Förderung von Genossenschaftsmodellen	Abbau von Bürokratie	Verkehrerschließung des Bayerischen Chemiedreiecks
Spezifische kommunale und regionale Clusterstrategien	Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum				Intelligente Bildungspolitik ohne Rücksicht auf Sprachniveau von Migrantenkindern	Ausreichende finanzielle Ausstattung der Außenwirtschaftsförderung
Stärkere Verzahnung landespolitischer und regionaler Clusterinitiativen	Stärkung strukturschwacher Räume				Faire Behandlung kleiner und mittlerer Unternehmen	Ausbau des Bayerischen Messebeteiligungsprogramms für neue Absatzmärkte
Bau öffentlich geförderter Wohn- und Arbeitsstudios im Bereich von IT- bzw. MINT-Zentren	Investitionsfonds für Unternehmensverlagerungen in den ländlichen Raum Einrichtung von Demonstrationzentren „Innovatives Handwerk“					Erweiterung des Netzes bayerischer Auslandsrepräsentanzen
						Steuerliche Entlastung des Mittelstands

FDP

Mehr Engagement für die Bedürfnisse von ausländischen Auszubildenden und Studierenden

Aktives Werben um ausländische Fachkräfte aus dem MINT-Bereich

Prüfung neuer Gesetze auf Auswirkungen für kleine und mittlere Unternehmen

Ablehnung einer Strukturpolitik mit der Gießkanne

Ausweitung grenzüberschreitender Zusammenarbeiten

CSU

SPD

DIE LINKE

B 90/Die Grünen

AfD

Freie Wähler

Kampf gegen willkürliche CO₂-Grenzwerte

Nutzung aller digitalen Technologien unter Berücksichtigung des Datenschutzes

Keine höheren Eigenkapitalanforderungen bei Kreditinstituten

Sicherung der Kreditversorgung für den Mittelstand

FDP

Instrumente der Landespolitik zur Effizienzsteigerung der Frühphasen einer Unternehmensgründung

International wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für Beteiligungen an Start-ups

Gründer-Bafög oder Gründer-Stipendium

Fairer Steuersatz für etablierte Start-ups und mittelständische Unternehmen

Finanzielle Förderung gründender Studenten

Vermittlung von Gründerkompetenz an Schule und Hochschule

Einführung eines Gründersemesters

Ausbau existierender Gründerzentren

Förderung des Baus von Co-Workings-Spaces im ländlichen Gebiet

Landratsämter als „one-stop“-Ansprechpartner für Unternehmen und Gründer

Abbau von Bürokratie

CSU

Wirtschaftsagentur für Unternehmensgründungen und eine Außenwirtschaftsstrategie

Fast Lanes für bayerische Gründer bei Behörden

Unternehmensgründung an einem Tag

Statistikpflicht aussetzen

Zur vierteljährlichen Umsatzsteuererklärung zurückkehren

Einrichtung von Digitalen Gründerzentren

Unterstützung von Start-ups im Medienbereich

SPD

Unterstützung von kulturwirtschaftlichen Unternehmensgründungen

Bessere Wirtschaftsförderung für Start-ups

DIE LINKE

Fördermittel für Existenzgründerinnen und Existenzgründer, die sich an tarifliche Standards halten

B 90/Die Grünen

Raum für Gründungen und innovative Ideen auf dem Land

Vermittlung von Gründerkompetenzen in der Schule

Bessere Wirtschaftsförderung für Start-ups

Förderung nachhaltiger digitaler Start-ups

AfD

Radikaler Bürokratierückschnitt für Gründer und Unternehmensnachfolger

Förderung von Gründerzentren

Freie Wähler

Berücksichtigung von Start-ups bei öffentlichen Ausschreibungen

Entbürokratisierungsoffensive für die Freien Berufe

Digitale Unternehmensgründungen innerhalb eines Tages

FDP

Reduzierung des Bürokratieaufwands

Regionsspezifisches Marketing

Bessere Vernetzung der Akteure vor Ort

Förderung der Barrierefreiheit im Tourismus

Erhalt unverwechselbarer Orts- und Landschaftsbilder

CSU

Stärkung von Kurorten und Heilbädern durch Tourismusoffensive

Modernisierung von Heimatwirtschaften und kleiner Pensionen

Neue Impulse durch Errichtung eines Tourismusinstituts (Hochschule Kempten)

Erhalt der Wirtshauskultur

SPD

Klimafreundlicher und nachhaltigen Ganzjahrestourismus

DIE LINKE

Förderung nachhaltiger Forstwirtschaft als Motor für die Entwicklung des Tourismus

B 90/Die Grünen

Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur auf dem Land

Bewerbung regionaler Marken

Erhalt unverwechselbarer Orts- und Landschaftsbilder

Modernisierung des Tourismusmarketings

Umweltfreundliche Gestaltung der Flussschifffahrt

Ausweitung des Fahrrad- und Wandertourismus

Förderung der Barrierefreiheit im Tourismus

AfD

Förderung touristischer Betriebe in allen ländlichen Regionen

Stärkung des ländlichen Raums

Unterstützung von Zusammenschlüssen zu größeren Tourismusgebieten

Tourismus-Staatssekretär und Zusammenfassung der Kompetenzen in einem Ministerium

Freie Wähler

Keine weitere Verschärfung von Vorschriften und Auflagen

Wochenarbeitszeit in der Gastronomie

Mehrwertsteuersatz von 7 % für die Gastronomie

Bündelung von Tourismus und Gastronomie in einem Ministerium

Kritische Überprüfung neuer Brandschutzauflagen

Ausbau der öffentlichen Tourismusinfrastruktur

Barrierefreiheit im Tourismus

FDP	CSU	SPD	DIE LINKE	B 90/Die Grünen	AfD	Freie Wähler
Vorantreiben des Breitbandausbaus in Bayern	Gigabit-Netz für alle Haushalte bis 2025	Versorgung der Gewerbegebiete mit Gigabit-Leistung	Dezentraler Ausbau des Glasfasernetzes	Flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigem Breitbandinternet	Landesministerium für Digitalisierung	Rechtsanspruch auf Hochgeschwindigkeits-Internetanschluss
Flächendeckendes und hochleistungsfähiges Mobilfunknetz	1.000 zusätzliche Mobilfunkmasten bis 2020	Flächendeckende Versorgung privater Haushalte mit 100 Mbit/s	Flächendeckender Ausbau des Glasfasernetzes mit Monopol der öffentlichen Hand	Ausbau von Bürger/innennetzen	Flächendeckende Breitbandgrundversorgung für alle Bürger	Bayern als Leitmarkt für 5G
Umfassender Glasfaserausbau	Mobilfunkpakt mit Wirtschaft und Kommunen	Flächendeckende Versorgung beim Mobilfunk mit 5G	Ausbau öffentlicher WLAN-Hotspots ohne Authentifizierung	Förderung der Freifunk-Bewegung	Versorgung aller öffentlichen Einrichtungen und mittelständischen Unternehmen mit Glasfaser	Neue Lehrrohrnetze für Glasfaser zu 100 Prozent in öffentliche Hand
Unterstützung zivilgesellschaftlicher Freifunkinitiativen	Bayern als Modellregion für 5G	Ausbau über landeseigene Netzgesellschaft	Vollständige Abschaffung der Betreiberhaftung	5G-Mobilfunkversorgung in der Fläche bis zum Jahr 2023	Geschwindigkeits-Garantie für Internetanschlüsse	„Höfebonus“ für Streusiedlungen über 2018 hinaus
Ausbauprogramm „Digitalisiertes Bayern“		Stabstelle für Digitalisierung in der Staatskanzlei	Offener Zugang zum Internet ohne Netzsperrungen und Eingriffe in die Kommunikation	Ausbau eines Gigabit-Netzes in ausgewählten Städten (z. B. Hof, Weiden, Passau, Kempten)	Schließung von Mobilfunklöchern in Eigenregie durch den Staat	Schnelles mobiles Internet entlang aller bayerischen Bahnstrecken
Freies WLAN im gesamten ÖPNV bis 2019			Flächendeckender Ausbau der mobilen Netze	Kostenloses WLAN an belebten Plätzen in ganz Bayern	Signalverstärker für Mobilfunk in allen Zügen in Bayern	Förderung der Freifunkbewegung
Prioritärer Glasfaserausbau in Regionen mit mangelhafter Glasfaser-Erschließung						

FDP

Digitalisierung der Hälfte aller Verwaltungsvorgänge bis 2020

Vollständige Digitalisierung aller Verwaltungsvorgänge bis 2025

Modernisierung der technischen Ausrüstung in allen Bereichen der öffentlichen Hand

Kundenorientierte Abläufe bei Verwaltungsvorgängen

Gleichwertige Verwaltungsleistungen für Menschen ohne Technikaffinität

CSU

Finanzielle Förderung für die Digitalisierung der Verwaltung

Vollständige Digitalisierung der Verwaltung bis 2020

Einführung der Blockchain-Technologie in der Staatsverwaltung

SPD

-

DIE LINKE

-

B 90/Die Grünen

Zeitgemäßes Open- und E-Government

AfD

Aufwandsreduzierung bei Behördenkontakten

Transparenz bei behördlichem Handeln

Online-Verfügbarkeit aller wichtigen Verwaltungsvorgänge in den nächsten fünf Jahren

Behörden-Software-Infrastruktur auf Basis offener Standards

Anspruch auf freien und einfachen digitalen Zugang zu amtlichen Informationen

Freie Wähler

Deutschlandweite Führungsrolle bei der Bereitstellung elektronischer Behördendienste

Elektronisches Bürgerkonto

Elektronischer Zugang zu Informationen und Auskünften

Ausbau von Open Data-Angeboten der öffentlichen Verwaltung

Online-Eintragungen bei Volksbegehren und Volksinitiativen

Elektronische Stimmabgabe im Bayerischen Landtag

Live-Streaming-Angebote von Gemeinde-, Stadtrats- und Kreistagssitzungen

FDP	CSU	SPD	DIE LINKE	B 90/Die Grünen	AfD	Freie Wähler
<p>Schuldenabbau bis 2030</p> <p>Trennung von Beteiligungen, die nicht der Wahrnehmung staatlicher Pflichten dienen</p> <p>Reduzierung der Verwaltungsaufgaben zur Kostensenkung</p> <p>Weitestgehende Entlastung der Bürger von Straßenbeiträgen</p> <p>Finanzierung der Kommunen durch höheren Anteil an der Einkommens- und Umsatzsteuer</p> <p>Konsequente Einhaltung der Schuldenbremse</p> <p>Keine Markteingriffe durch sinnlose Auffangkredite und Staatshilfen</p> <p>Ziel- und wirkungsorientierte Steuerung der Staatsfinanzen</p> <p>Ersatz der Bezirksumlage durch direkte staatliche Zuweisungen</p> <p>Reformierung des kommunalen Finanzausgleichs</p> <p>Weitergabe eines festen Anteils der Steuereinnahmen des Freistaats an die Kommunen</p>	<p>-</p>	<p>Investitionsquote von 15 Prozent</p> <p>Umsetzung eines kommunalen Entschuldungsprogramms</p> <p>Effizientere Erledigung staatlicher Aufgaben</p> <p>Rückzahlung des kompletten Schadenbetrags der BayernLB an den Staatshaushalt</p> <p>Fortsetzung der staatlichen Beteiligung an Unternehmen</p> <p>Keine ausufernde Regulierung von Sparkassen und Genossenschaftsbanken</p> <p>Konsequenter Steuervollzug für mehr Steuergerechtigkeit</p> <p>Sicherung der personellen Ausstattung der bayerischen Finanzverwaltung</p> <p>Schließung von Steuer-schlupflöchern</p> <p>Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen</p> <p>Einführung einer Vermögenssteuer</p> <p>Stärkere Besteuerung großer Erbschaften</p>	<p>Anhebung der kommunalen Steueranteile an der Umsatzsteuer</p> <p>Einführung einer Wirtschaftssteuer, die durch Gemeinden erhoben wird</p> <p>Kommunaler Finanzausgleich zum Ausgleich struktureller Ungleichheiten</p> <p>Erhalt des Länderfinanzausgleichs</p>	<p>Keine neuen Schulden zu Lasten nachkommender Generationen</p> <p>Durchführung wichtiger Investitionen</p> <p>Bessere Ausstattung der Finanzverwaltung</p> <p>Gerechte Kriterien bei der Steuererhebung</p> <p>Keine bayerischen Sonderwege beim Umgang mit Steuerstraftätern</p>	<p>Transparente Darstellung aller Finanzströme</p> <p>Ablehnung von Schattenhaushalten</p> <p>Schuldenfreiheit Bayerns bis 2028</p> <p>Abbau der Staatsquote</p> <p>Fokus auf investive Ausgaben</p> <p>Erhalt regionaler Förderbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken</p> <p>Konsequente Subsidiarität internationaler Bankenregeln</p> <p>Festschreibung des „Rechts auf Bargeld“ im Grundgesetz</p> <p>Investition freier werdender Mittel aus dem neuen Länderfinanzausgleich in Infrastruktur, Bildung und Sicherheit</p> <p>Deregulierungsoffensive zur Kostensenkung</p> <p>Abschaffung der Erbschaftssteuer</p> <p>Doppelte Buchführung für die öffentliche Verwaltung</p>	<p>Beibehaltung des ausgeglichenen Staatshaushalts</p> <p>Vollständiger Schuldenabbau bis 2030</p> <p>Erhöhung der Investitionsquote im Staatshaushalt</p> <p>Anreizbasierte Gestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen</p> <p>Sorgsamer Umgang mit Steuergeldern</p> <p>Stärkung des Obersten Rechnungshofs bei der Überprüfung der Staatsausgaben</p> <p>Beendigung der Nullzinspolitik der EZB</p> <p>Erhalt von Bargeld</p> <p>Vorsicht bei milliardenschweren Großprojekten</p> <p>Verkauf von Staatsbeteiligungen</p> <p>Unterbindung des Zugriffs auf Rücklagen zu Wahlkampfzwecken</p>

Arbeit, Gesundheit und Soziales

FDP

Ermöglichung eines selbstbestimmten Arbeitslebens

Flexibilisierung des bestehenden Arbeitsschutzgesetzes

Flexibilisierung des Ladenschlusses an sieben Tagen in der Woche

Entbürokratisierung der Regelungen zu verkaufsoffenen Sonntagen

Keine Ausweitung der Regelungen zur Höchstarbeitszeit

Förderung familiengerechter Arbeitszeiten

Öffentliche Verwaltung als moderner und attraktiver Arbeitgeber

CSU

Teilhabe von Arbeitnehmern an der Digitalisierung stärken

Einführung von Bildungschecks für Mitarbeiter in kleinen und mittleren Unternehmen

Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

SPD

Gute und flächendeckende Tarifverträge und Mitbestimmung für alle Arbeitnehmer/innen

Angepasste Arbeitszeiten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche

Zurückdrängen von Niedriglöhnen

Abschaffung der sachgrundlosen Befristung

Abschaffung aller Ausnahmen beim Mindestlohn

Einführung eines Tariftreuegesetzes

Reformierung des bayerischen Personalvertretungsgesetzes

DIE LINKE

Volle Pflicht zur Sozialversicherung ab dem ersten Euro

Rechtsanspruch auf Mindeststundenzahl von 22 Arbeitsstunden pro Woche

Unbefristete Arbeitsverträge statt Mini-Jobs

Erhalt und Ausweitung von Flächentarifverträgen

Landesaufträge nur an Unternehmen mit Tariflohn

Gesetzliche Wochenhöchst-arbeitszeit von 40 Stunden

Umfassende Mitbestimmungsrechte für Personalräte

Gesetzliche Verankerung eines zeitnahen Ausgleichs von Mehrarbeit

Verbot von Massenentlassungen

Erhalt des Ladenschlussgesetzes auf Landesebene

Novellierung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes

Strenge Kontrollen zur Einhaltung des Mindestlohnes

B 90/Die Grünen

Schutz der Arbeitnehmer/innenrechte

Entwicklung von Strategien für einen Weg zu einer „Guten Arbeit 4.0“

Moderne und selbstbestimmte Arbeitswelt

Flexible Arbeitszeiten in der Verwaltung

AfD

Aufwertung der Arbeitswelt durch Industrie 4.0

Begrenzung von Jobverlusten durch die Digitalisierung

Vermeidung beruflicher Ausgrenzung bestimmter Personengruppen

Freie Wähler

Förderung von Home-Office-Arbeitsplätzen

Bayernweite Initiative Arbeit 4.0

Arbeitsrecht 4.0 für mehr räumliche und zeitliche Flexibilität

Flexible Arbeitszeitgestaltung und Freistellmöglichkeiten für Beamte

Atypische Beschäftigungsverhältnisse eindämmen

Praktika fair entlohnen

Gleiche Bezahlung für Leiharbeiter und Stammebelegschaft

Landesaufträge nur an Unternehmen mit Tariflohn

FDP

Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Orientierung des Betreuungsangebots an den Arbeitszeiten der Eltern

Förderung familiengerechter Arbeitszeiten

Stärkung des Tagesmütter- und Tagesväterangebots

Stärkere Förderung von Betriebskindergärten

Weniger bürokratische Hürden in der nichtstaatlichen Kindertagespflege

Abschaffung der „Herdprämie“

Freiraum zur Entfaltung individueller Lebensentwürfe

Höchstgrenze für Elternbeiträge bis zur Umsetzung einer allgemeinen Elternbeitragsfreiheit

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab der 1. Klasse

Unterrichtsgarantie durch eine mobile Lehrreserve

CSU

Erhöhung von Betreuungsgeld und Landeserziehungsgeld

Qualitätsoffensive für alle Kinderbetreuungseinrichtungen

30.000 neue Betreuungspätze bis 2020

Längere Öffnungszeiten der Betreuung

2000 Tagespflegepersonen einstellen

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter

Schaffung von 10.000 neuen Hortplätzen

SPD

Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz

Einführung einer Kindergrundsicherung

Kinder- und Jugendbeteiligungsstrategie

Umsetzung eines Sofortprogramms für mehr Erzieher/innen

Kostenfreie Kitas und Kindergärten

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter

Einführung einer Familienarbeitszeit

Finanzielle Entlastung von Familien

Ausbau sozialverträglicher Telearbeit

Ausbau von Betriebs-Kitas

Familienfreundlichkeit im öffentlichen Dienst

Stärkere Unterstützung pflegender Angehöriger

DIE LINKE

Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Betreuungsangebote am Wochenende und in den Nachtstunden

Ausbau ambulanter Strukturen in der Pflege

Finanzielle Unterstützung betreuender Familien

Abkehr vom konservativen Familienbild

Anerkennung aller Lebensentwürfe

Stärkere Förderung armer Familien

B 90/Die Grünen

Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Ausbau wohnortnaher Betreuungsangebote

Stärkere Unterstützung pflegender Angehöriger

Besonderer Schutz alleinerziehender Frauen

Einkommensunabhängige Kindergrundsicherung

Garantierente zur Verhinderung von Altersarmut

Leistungsfähige Beratungsstrukturen in ganz Bayern

AfD

Konsequente Ablehnung von Abtreibungen

Mehr Beratungsangebote zum Schutz des Lebens

Erleichterungen von Adoptionen

Finanzielle Gleichstellung der elterlichen Betreuung und der frühkindlichen Fremdbetreuung

Landeserziehungsgeld für betreuende Eltern

Stärkung des bewährten traditionellen Familienbilds

Finanzieller Ausgleich für pflegende Angehörige

Freie Wähler

Kostenfreie Kinderbetreuung

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung

Erhöhung des Kindergeldes

Familienplitting statt Ehegattensplitting

Erhöhung des Kinderfreibetrags

Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit

Teilzeitausbildung für junge Eltern und Alleinerziehende

FDP	CSU	SPD	DIE LINKE	B 90/Die Grünen	AfD	Freie Wähler
Angemessene Bezahlung für Pflegeberufe	1.000 zusätzliche Landärzte	Flächendeckende medizinische Versorgung	800 Millionen Euro für bayerische Krankenhäuser	Flächendeckende medizinische Versorgung	Verbleib der Krankenhäuser in kommunaler Hand	Erhalt aller kommunalen Krankenhäuser
Angemessener Personalschlüssel in Pflegeheimen	Investitionsplus von 23 % für den Ausbau von Krankenhäusern (ca. 3 Mrd.)	Mehr Mitsprache bei der Bedarfsplanung für Kommunen	Rückführung von privatisierten Krankenhäusern in die öffentliche Hand	Durchsetzung einer vorausschauenden Bedarfsplanung	Anreize und Bürokratieabbau für Landarztpraxen	Keine Schließungen von Notaufnahmen
Mehr Ausbildungsplätze für Pflegekräfte	Flächendeckendes Angebot in der Geburtshilfe	Förderung ärztlicher Niederlassungen in strukturschwachen Regionen	Höherer Stellenschlüssel in der Altenpflege	Stärkere Mitgestaltung des Gesundheitsangebots durch Kommunen	Flächendeckende medizinische Versorgung	Keine weitere Privatisierung von Krankenhäusern
Ausbau von Kurzzeit- und stationären Pflegeplätzen	Jährlicher Bonus in Höhe von 1.000 Euro für Hebammen	Neuausgestaltung der Beihilferegelung	Gesetzliche Mindeststandards bei der Pflege und deren Personalausstattung	Erhalt der Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft	Fachliche Eignungsprüfung ausländischer Ärzte	Generalistische Pflegeausbildung
Runder Tisch zur Abwehr multiresistenter Erreger	1500 neue Pflegeplätze	Förderung strukturpolitischer Maßnahmen über den Krankenhaus-Strukturfonds	Pflegemindestlohn von 14,50 Euro in der Stunde	Gezieltere Zuweisung der Landesinvestitionen in die Krankenhausinfrastruktur	Konsequente Anwendung des Antikorruptionsgesetzes im Gesundheitswesen	Flächendeckender Ausbau einer unabhängigen Pflegeberatung
Unterstützung alternativer Wohnformen wie Mehrgenerationenhäusern	Flächendeckende Bezahlung nach Tarif in der Altenpflege	Verbindliche Personalbemessung in allen stationären Einrichtungen	100 Millionen Euro für die Sicherung von Geburtsstationen im ländlichen Raum	Sicherung der wohnortnahen Versorgung mit Hebammen	Erhalt des Berufsbilds des Heilpraktikers	Erhöhung des Landarztstipendiums von 600 auf 1.000 Euro
Förderung der ambulanten Versorgung	Bayerisches Landespflegegeld für Pflegebedürftige	Ausbau der Versorgung psychisch kranker Menschen	Finanzielle Unterstützung für Hebammen und Entbindungspfleger	Bessere Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung für Hebammen	Kostenübernahme heilpraktischer Therapien durch gesetzliche Krankenkassen	Bessere Unterstützung ehrenamtlicher Hospizmitarbeiter
Finanzielle Angleichung der häuslichen Pflege an die ambulante Pflege	Bayerisches Landesamt für Pflege	Umfassender Ausbau von Entlastungsangeboten für Pflegendende	Landarztförderung für Kommunen in Höhe von 200 Millionen Euro	Stärkung telemedizinischer Verfahren	Unabhängige staatliche Gesundheitsforschung	Soziale Gesundheitsversicherung
Bürokratieabbau in der Pflege	Neues Zentrum Pflege Digital	Investitionskostenförderung für solitäre Kurzzeitpflegeplätze	Flächendeckende medizinische Versorgung	Bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für Pflegepersonal	Untersuchung von Risiken des neuen Mobilfunkstandards 5G	Mehr leistungsbezogene Bezahlung von Ärzten
Dezentralisierung der Bedarfsplanung im Gesundheitswesen	Neues Healthcare-Robotik-Zentrum	Landesrahmenvertrag für die Kurzzeitpflege und die teilstationäre Pflege	Quartiersbezogene Bedarfsplanung in Großstädten	Höherer Personalschlüssel	Neuregelung der Ruhezeiten in der Notaufnahme	Gründung einer bayerischen Pflegekammer
Dezentralisierung der medizinischen Versorgung	Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung	Staatlicher Investitionskostenzuschuss für Alten- und Pflegeheime	Bayerisches Präventionsgesetz	Mehr Kurzzeitpflegeplätze sowie Tages- und Nacht-pflegeplätze	Finanzieller Ausgleich für pflegende Angehörige	Ausbau von Tages- und Nachtstätten für Senioren
Aufbau einer bayerischen Arzneimittelreserve	Weiteres Kinderhospizzentrum in Bamberg		Solidarische Gesundheitsversicherung	Bessere Unterstützungsangebote für Angehörige von pflegebedürftigen Personen	Menschenwürdige Betreuung und Pflege in stationären Einrichtungen	Besserer Personalschlüssel in Pflegeeinrichtungen
					Bessere Pflegeausbildung	

FDP

Adäquate finanzielle Ausstattung des Notarzt- und Rettungsdienstes

Mehr Investitionsmittel für die Infrastruktur der Krankenhäuser

Garantie einer Notfallversorgung

Flächendeckende Stärkung der Geburtshilfe

CSU

SPD

Ausbau und verlässliche Finanzierung der palliativ-medizinischen Versorgung

Bessere Anrechnung von Pflegezeiten bei der Rente

Ausbau der Patient/innenrechte und -beteiligung

Stärkung der Arbeit von Selbsthilfegruppen

DIE LINKE

Zwangs- und gewaltfreie psychiatrische Praxis

Vollständige Kostentransparenz im Pflegebereich

Ausbau ambulanter Strukturen in der Pflege

Stärkung der Rechte von Pflegepersonal in Privathaushalten

Ausbau der Kontrollen in Pflegeheimen

B 90/Die Grünen

Stärkung ambulanter Pflegedienste

Ausbau kommunaler Pflegeberatungsstellen

Erhalt und Förderung alternativer Wohnformen

Gründung einer bayerischen Pflegekammer

Sicherung der wohnortnahen Palliativversorgung

Schnellere Behandlungsmöglichkeiten für psychische Erkrankungen

AfD

Verbesserung der Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal

Ausbau des palliativ-medizinischen Angebots

Ablehnung eines gesetzlichen Zwangs zur stationären REHA

Freie Wähler

Reformierung des Numerus Clausus beim Medizinstudium

Mehr Ärzte für Bayern

FDP	CSU	SPD	DIE LINKE	B 90/Die Grünen	AfD	Freie Wähler
Mehr Aufklärung und Prävention	-	Mehr Prävention und Aufklärung	Objektive Aufklärung im Rahmen des Schulunterrichts	Fokussierung auf Fürsorge und Prävention	-	-
Therapie statt Strafverfolgung		Zulassung der Einrichtung von Konsumräumen für Suchtkranke	Zulassung des kontrollierten Handels mit Cannabis	Entkriminalisierung von Cannabis-Konsument*innen		
Zulassung der Einrichtung von geprüften Drogenkonsumräumen		Modellprojekte zur regulierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene	Ausweitung der Hilfe für Suchtkranke und deren Angehörige	Erhöhung des straffreien Eigengebrauchs von Cannabis auf 15 Gramm		
Kontrollierte Abgabe von Cannabis in lizenzierten Geschäften			Ausweitung der Hilfe für psychosoziale Beratungs- und Betreuungsstellen	Bekämpfung des massiven Crystal-Meth-Konsums		
Erhöhung des straffreien Eigengebrauchs von Cannabis auf 15 Gramm			Zulassung und Einrichtung von Drogenkonsumräumen	Zulassung der Einrichtung von Drogenkonsumräumen		
Ablehnung eines Alkoholverbots auf öffentlichen Plätzen			Rezeptfreie Abgabe von Cannabismedikamenten für Schwer- und Suchtkranke	Sofortiges Verbot von Außenwerbung für Alkohol und Nikotin		

FDP

- Abbau von Geschlechterstereotypen in der Berufswahl
- Loslösung pädagogischer Konzepte von starren Geschlechterrollen
- Bessere Versorgung mit weltanschauungsneutralen Frauenhäusern
- Bayerischer Aktionsplan gegen Homo-, Bi- und Transphobie
- Aufklärungs- und Toleranzprojekte in den Schulen und der Jugendarbeit
- Unterstützung von Projekten zur Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Menschen
- Gleichwertige Darstellung aller Eheformen in den Lehrplänen
- Sicherstellung einer vorurteilsfreien Entwicklung der jungen Menschen

CSU

- Flexibilität berufstätiger Eltern erhöhen

SPD

- Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt
- Paritätische Besetzung von Vorständen und Aufsichtsräten landeseigener Betriebe
- Frauenquote von 50 % bei der Vergabe von Professuren
- Offene Bekämpfung von Sexismus
- Rechtsanspruch auf Schutz für von Gewalt betroffenen Frauen
- Verbindliche Finanzierungsregelung von Frauenhäusern
- Flächendeckendes Hilfsnetz für Frauen nach sexualisierter Gewalterfahrung
- Geschlechtergerechte Gestaltung öffentlicher Haushalte
- Mehr Frauen in politischer Verantwortung
- Landesaktionsplan gegen Diskriminierung, Homo-, Trans- und Interphobie
- Gesamtbayerische Koordinierungs- und Gleichstellungsstelle für LSBTTI-Fragen

DIE LINKE

- Einführung des Frauentags als gesetzlichen Feiertag
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- Paritätische Besetzung aller Stellen
- Aktiver Kampf gegen Altersarmut von Frauen
- Zurückdrängung tradierter Rollenbilder
- Keine Tabuisierung sexualisierter Gewalt
- Hilfe und Schutz für alle Betroffenen sexualisierter Gewalt
- Abschaffung der §§ 218 und 219a StGB
- Medizinische und therapeutische Leistungen für Menschen mit Trans- und Interhintergrund
- Reproduktionsmöglichkeiten für Menschen mit Transhintergrund
- Aufarbeitung der Verfolgung von Menschen mit Trans- und Interhintergrund im Nationalsozialismus

B 90/Die Grünen

- Überwindung überholter Rollenbilder
- Gleiche Bezahlung von Frauen und Männern
- Verbindliche Quoten im öffentlichen Dienst und in staatlichen Unternehmen
- Geschlechtergerechtigkeit als Förderkriterium bei der Vergabe staatlicher Gelder
- 50-Prozent-Mindestquote für Frauen für alle Wahllisten
- Ausreichende finanzielle Ausstattung für Frauennotrufe, Beratungsstellen und Frauenhäuser
- Verbesserung der rechtlichen und medizinischen Situation von Prostituierten
- Aktionsplan für Antidiskriminierung, Gleichstellung und Akzeptanz sexueller Vielfalt
- Erhöhte Sichtbarkeit sexueller Vielfalt in den Lehrplänen
- Förderung der Geschlechter- und Genderforschung
- Bayerische Antidiskriminierungsstelle

AfD

- Schließung von Moscheen, die predigen, dass Frauen minderwertiger seien als Männer
- Besondere Fürsorge und Unterstützung für schwangere Frauen
- Einstellung sämtlicher Aktivitäten des Gender-Mainstreaming
- Unterbindung politisch motivierter Eingriffe in den Sprachgebrauch

Freie Wähler

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Höherer Frauenanteil in Führungspositionen ohne Quotenzwang
- Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für von Gewalt bedrohten Frauen und Kinder
- Angemessene Personalausstattung von Frauenhäusern und -notrufen
- Schutz vor sexueller Belästigung ins Bayerische Gleichstellungsgesetz aufnehmen
- Stärkung der Rechte der Väter im Scheidungsfall

FDP

Barrierefreiheit von Gehwegen, öffentlichen Einrichtungen, öffentlichem Nahverkehr sowie im gesamten Alltagsleben

Vereinfachung von Behördengängen

Förderung der Barrierefreiheit im Tourismus

Förderung inklusiver KiTas

Bessere Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes

Barrierefreier Zugang zu Bildung für alle Menschen

Mehr Freiheit und Selbstverantwortung für Menschen mit Behinderung

CSU

Solidarität der Gemeinschaft für Menschen mit Behinderung

SPD

Mehr Akzeptanz der Belange sowie Teilhabe aller Menschen mit Behinderung

Kein pauschaler Wahlrechtsausschluss der Menschen mit Behinderung

Barrierefreies Leben in allen Bereichen ermöglichen

Ausbau inklusiver Bildung

Schaffung einer inklusiven Berufswelt

DIE LINKE

Unterstützen der Behindertenverbände und -vertretungen

Überprüfung von Gesetzen auf Konformität mit der UN-Behindertenrechtskonvention

Wahlrecht für alle

Inklusive Bildung

Barrierefreiheit als Kriterium für öffentliche Fördergelder

Barrierefreie Wohnungen

Barrierefreies Gesundheitssystem

Kostenfreier Fahrdienst für Menschen mit Behinderung als Alternative zum ÖPNV

Unterstützung der Kommunen bei Inklusion

B 90/Die Grünen

Inklusive KiTas

Weiterbildungen für das pädagogische Personal

Barrierefreie Schulgebäude

Bessere Lern- und Studienbedingungen für Menschen mit Behinderung

Barrierefreiheit im Nahverkehr sowie in öffentlichen Einrichtungen und Orten

Landesfachstelle für Barrierefreiheit

Bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung

Förderung barrierefreier Wohnungen

Wahlrecht für alle

AfD

Keine ideologisch motivierte Inklusion an den Schulen

Freie Wähler

Barrierefreier Ausbau aller Bahnhalte

Kompetenzzentrum für Barrierefreiheit

Keine Einschränkungen beim Wahlrecht für Menschen mit Behinderung

Höhere Durchlässigkeit zwischen Förder- und Regelschulen

Zusätzliche Lehrerstellen für Inklusionsklassen

Inklusion als Pflichtbestandteil der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften

Ausweitung der Studienplatzkapazitäten im Fachbereich Sonderpädagogik

Pädagogisches Rahmenkonzept für inklusive Bildung

Ausbau der inklusiven Berufsausbildung

FDP

Budgethoheit für staatliche Kulturinstitutionen

Stärkung von Kulturprojekten aus allen Bereichen

Sanierung von Kultureinrichtungen

Finanzielle Stärkung des Kulturfonds Bayerns

Unabhängige Jury für Entscheidungen zur Mittelvergabe durch den Kulturfonds

Bessere Vernetzung von Kultureinrichtungen

Bessere Vernetzung zwischen Bildungs- und Kultureinrichtungen

Stärkung des Kunst- und Musikunterrichts

Kooperationsverträge zwischen KiTas und Schulen und Kunst- und Kultureinrichtungen

Stärkeres Engagement staatlicher Kultureinrichtungen in der kulturellen Bildung

Stärkung der Nachwuchsförderung

CSU

Drittes Bayerisches Staatstheater in Augsburg

Kulturzentrum für Vertriebene und Aussiedler in Nürnberg

Kreuz in allen Behörden als sichtbares Symbol für Menschenwürde, Nächstenliebe und Toleranz

SPD

Öffnung der staatlich finanzierten Kulturorte für neue Formen und neues Publikum

Stärkung der freien Kulturszene

Förderung der soziokulturellen Zentren

Stärkere Verankerung kultureller Bildung in Schulen und KiTas

Faire Bezahlung für Künstler/innen

Neue Förderkonzepte für die Kultur- und Kreativwirtschaft

Verstärkte Einbindung der Mahn- und Gedenkstätten Bayerns in die Erinnerungskultur

DIE LINKE

Vielfältige Kulturpolitik für alle

Ablehnung des „Leitkultur“-Gedankens

Unterstützung der kulturellen Infrastruktur im ländlichen Raum

Bezahlbare Preise in Theatern, Museen und anderen Kunstinstituten

Bessere Bezahlung für Kulturschaffende

B 90/Die Grünen

Demokratisches Kulturentwicklungs-konzept

Verlagerung von Entscheidungen in Regionen

Neugewichtung der bisherigen Ausgaben für Kunst und Kultur

Verstärkte Förderung neuer kultureller Formen

Abbau des Sanierungsstaus

Gleichstellung von Frauen und Männern in Kunst und Kultur

Barrierefreier Ausbau von Kultureinrichtungen

Kooperation zwischen Kulturschaffenden, Kulturinstitutionen und Bildungseinrichtungen

Gezielte Förderung der bayerischen Kultur- und Kreativwirtschaft

AfD

Höherer Stellenwert für die deutsche Sprache

Gestaltung des öffentlichen Raums nach eigenen Vorstellungen und Werten

Keine Islamisierung des öffentlichen Raums

Stärkere Förderung der bayerischen Volkskultur und Kultureinrichtungen

Kulturbezogene Landschaftsplanung

Vermittlung eines ausgewogenen Bilds der deutschen Geschichte

Vermittlung der Rolle des Einzelnen in einem totalitären Staat

Fokus auf Erfahrung des Werts individueller Freiheiten

Würdigung des Schicksals aller Opfer im Zweiten Weltkrieg

Vermittlung des Schicksals von Heimatvertriebenen und Aussiedlern

Freie Wähler

Sicherung kultureller Vielfalt Bayerns

Erhalt von Brauchtum und Dialekten

Heimatkunde in den Lehrplänen

Unterstützung von Kommunen bei ihrem Kulturauftrag

Unterstützung von Amateurtheatern

Unterstützung der bayerischen Kultur- und Kreativwirtschaft

Kulturelle Bildung und Teilhabe für die ganze Gesellschaft

FDP

Unterstützung des dualen Systems mit privaten Anbietern und öffentlich-rechtlichem Rundfunk

Verzicht der öffentlich-rechtlichen Anstalten auf teure Massenangebote

Fokussierung des öffentlich-rechtlichen Programmauftrags auf Kultur, Bildung und Information

Komplette Werbefreiheit der öffentlich-rechtlichen Sender

Zusammenfassung des Rundfunk- und Medienrats

Weitere Entpolitisierung von Rundfunk- und Medienrat

CSU

-

SPD

-

DIE LINKE

Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Unabhängigkeit des Bayerischen Rundfunks bei der Programmgestaltung

Keine weitere Kommerzialisierung des öffentlich-rechtlichen Programmangebots

Rücknahme der überhöhten Förderung privater Fernsehsender

Keine Depublizierungspflicht der Öffentlich-Rechtlichen

Gemeinsame Archivinfrastruktur von öffentlich-rechtlich produzierten Inhalten

Förderung der Community-Medien

B 90/Die Grünen

Sichere Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie für kleine Rundfunksender und Bürger*innenmedien

Faire Wettbewerbsbedingungen zwischen Privatsendern und dem Bayerischen Rundfunk

Paritätische Besetzung und Verjüngung des Rundfunk- und Medienrats

Schließung des Gender-Pay-Gaps im Medien- und Filmbereich

Anreize zur Energie- und Ressourceneinsparung bei der Förderung von Filmproduktionen

AfD

Abschaffung des Zwangsbeitrags für den Bayerischen Rundfunk

Fokussierung des Bayerischen Rundfunks auf hochwertige Berichterstattung

Beaufsichtigung durch ein frei gewähltes und parteipolitisch unabhängiges Gremium

Freie Wähler

Finanzielle Förderung regionaler und lokaler Fernsehsender bei der HD-Umstellung

Erhalt regionaler und lokaler Radiosender

Stärkung des Öffentlichen Rundfunks

Weniger Auftritte der Staatsregierung in den sozialen Medien

Wirkungsvollere Vertretung der Bürger im Rundfunk- und Medienrat

Nutzung von Überschüssen zur Gebührensenkung

Abschaffung der Mehrfachbelastungen bei den Rundfunkbeiträgen

Energie, Umwelt und Wohnungsbau

FDP	CSU	SPD	DIE LINKE	B 90/Die Grünen	AfD	Freie Wähler
Ziel einer preisgünstigen und umweltfreundlichen Energieversorgung	Keine Fahrverbote	Energieversorgung Bayerns zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien bis 2035	Abschaffung der 10-H-Regelung beim Windkraft-Ausbau	Stromverbrauch Bayerns zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien bis 2030	Keine planwirtschaftlichen Eingriffe zur Förderung Erneuerbarer Energien	Neugestaltung der EEG-Umlage
Zeitlich begrenzter Rückgriff auf konventionelle Kraftwerksleistung	Förderung alternativer Antriebstechnologien	Abschaffung der 10-H-Regelung für die Windkraft	Anreize zur Anschaffung von stromsparenden Haushaltsgeräten	Abschaffung der 10-H-Regelung für die Windkraft	Fokus auf Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Umweltschutz und Akzeptanz	Bayerischer Strom durch erneuerbare Energien statt Kohlestrom per Gleichstromtrassen
Erichtung von bis zu 2 GW neuer Gaskraftwerke als Reserve ab 2022	Entwicklung innovativer Kraftstoffe in neuem Forschungszentrum	Investitionsförderprogramm für erneuerbare Energiequellen	Kostenfreie Energieberatungen für Haushalte mit niedrigem Einkommen	Vorrang für dezentrale Stromerzeugung	Prüfung des Weiterbetriebs der sicheren bayerischen Kernkraftwerke	Streichung der EEG-Umlage für Power-to-Gas
Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze und Speichertechnologien	Umsetzung des Zukunftspaktes der Fahrzeugindustrie	Beendigung des Betriebs von Kohlekraftwerken	Forcierung des Klimaschutzprogramms „Bayern 2050“	Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes auf Bundesebene	Abschaffung des EEG	Förderprogramm für Power-to-Gas
Schnellerer Bau der Trassen SuedOstLink und SuedLink	Ausbau der Elektromobilität	Ausbau der Stromnetze	Soziale Absicherung energetischer Sanierungen	Beratende Energieagenturen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten	Keine Genehmigung von EE-Anlagen in bayerischen Wäldern und Schutzgebieten	Steuerliche Förderung energetischer Gebäudesanierungen
Forschungsinitiative für Speichertechnologien und smarte Netze	Errichtung eines Batterietechnik-Forschungsinstituts	Nutzung der Einsparpotentiale im Gebäudebestand	Vollzugs der geltenden Energieeinsparverordnung	Moderne Stromnetze und mehr Stromspeicher	Keine Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergieanlagen ohne Zustimmung der betroffenen Bürger	Förderprogramm für Bürgerenergieprojekte
Beendigung der Einspeisevergütung für Neuanlagen	Sonderförderprogramm für die energetische Sanierung von Wohn- und Gewerbequartieren	Sonderförderprogramm für die energetische Sanierung von privatem Wohnraum in ländlichen Gebieten	Austauschprogramm für Nachtspeicheröfen	Abschaltung von Block C des Atomkraftwerkes Gundremmingen	Beibehaltung der bayerischen 10-H-Regelung für Windkraft	Stärkung der Windkraft in Bayern
Senkung oder Abschaffung der Stromsteuer	Sonderförderprogramm für die energetische Sanierung von privatem Wohnraum in ländlichen Gebieten	Aufstockung der Forschungsförderung für die Energiewende	Förderung des Baus von Niedrigenergie- und Passivhäusern	Transparente Endlagersuche für Atommüll	Unterstützung dezentraler privater und betrieblicher Energieversorgung	Schutz kleiner Wasserkraftwerke
Stärkung der dezentralen Energieversorgung	Ausbau der Energieberatung	Ausbau der Energieberatung	Abschaffung der Modernisierungsumlage	Klimaneutrale Wärmeversorgung in Bayern bis 2040	Kampf gegen willkürliche CO ₂ -Grenzwerte	Bayernweites Fracking-Verbot ohne Ausnahmen
Keine Steuern und Abgaben für selbstproduzierten Strom	Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung von Energiekonzepten	Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung von Energiekonzepten	Steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung	Erneuerbare-Wärme-Gesetz für saubere Heizungen und sparsame Gebäude	Kein Rütteln am Atomausstieg bis 2023	Stärkung der regionalen Energieversorgung
Kein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge	Angemessene Nutzung von Biomasse aus Abfällen	Angemessene Nutzung von Biomasse aus Abfällen	Naturverträgliche Gestaltung bestehender großer Wasserkraftwerke	Kommunale Wärmenetze in Bürger/innenhand	Stärkung der regionalen Energieversorgung	Ablehnung der Trassen Südlink und SüdostLink
Reduktion der Pro-Kopf-Emissionen auf zwei Tonnen pro Jahr				Bau von Wärmespeichern	Ausbau der Speichertechnik	

FDP

Ausweitung des Zertifikatehandels auf alle Verbrennungsprozesse

CSU**SPD**

Förderung emissionsfreier Fahrzeuge

Umweltfreundlicher ÖPNV

Besseres Stadtklima

DIE LINKE

Integration von Ökostrom aus dezentralen Erzeugungsanlagen

Ablehnung von Fracking

Reform der EEG-Umlage

Vollständiger Atomausstieg in Bayern bis Ende 2020

B 90/Die Grünen

Digitalisierung zur Optimierung des Energieverbrauchs

Verbot von Fracking

Einhaltung gesetzlicher Schadstoff-Grenzwerte

Weniger Abgase aus Verkehr und Industrie

Vorrang für schadstoffarme Verkehrsmittel

Luftreinhaltepläne für bayerische Städte

Nachrüstung von Diesel-Pkw auf Kosten der Autoindustrie

Einführung einer blauen Plakette

AfD**Freie Wähler**

Diesel-Nachrüstung statt Fahrverbote

Hohe Standards der Abluftreinigung der Industrie

FDP	CSU	SPD	DIE LINKE	B 90/Die Grünen	AfD	Freie Wähler
Lösung des Investitionsstaus im bayerischen Straßennetz	Bau der ersten Referenzstrecke für ein Hyperloop-System	Stärkung des Umweltverbundes	Schlechtere Rahmenbedingungen für den motorisierten Individualverkehr	Verdoppelung der Fahrgastzahlen im ÖPNV	Stärkung des Nah- und Fernverkehrsnetzes	Keine Privatisierung von Bundesstraßen und Autobahnen
Kein generelles Tempolimit	Keine Fahrverbote	Ausbau des Schienenverkehrs	Fußgänger- und fahrradfreundliche Straßenverkehrsordnung	Ausbau des Schienenverkehrs	Verlagerung des Transitverkehrs auf die Schiene	Sanierung von Brücken
Keine einseitige Festlegung auf Elektromobilität	Förderung alternativer Antriebstechnologien	Reaktivierung stillgelegter Eisenbahnstrecken	Barrierefreier Ausbau des ÖPNV	Reaktivierung stillgelegter Strecken im Bahnverkehr	Verladestellen an signifikanten Transitpunkten	Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schienen
Sicherung der Vielfalt individueller Mobilität	Entwicklung innovativer Kraftstoffe in neuem Forschungszentrum	Bürgerfreundliche und barrierefreie Bahnhöfe	Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum	Möglichkeit einer Nahverkehrsabgabe für Städte und Kreise	Erhebung der Lkw-Maut nach tatsächlicher Fahrbahnbelastung	Diesel-Nachrüstung statt Fahrverbote
Sicherung der Mobilität im ländlichen Raum	Umsetzung des Zukunftspaktes der Fahrzeugindustrie	Elektrifizierung von 70 Prozent des bayerischen Schienennetzes bis 2025	Entkriminalisierung von Fahrgästen ohne gültigen Fahrschein	Ausbau des Güterverkehrs auf Schienen	Keine Benachteiligung konventioneller Antriebsarten	Ausbau von Carsharing
Intelligente Vernetzung von Verkehrsteilnehmern	Ausbau der Elektromobilität	Kostenfreie Mobilität für Bedürftige	Gebührenfreier ÖPNV	Landesweite Netzkarte für alle öffentlichen Verkehrsmittel	Unterstützung der Erforschung und Entwicklung aller Antriebstechnologien	Förderung sauberer Antriebe
Keine Umweltzonen in Städten	Errichtung eines Batterie-technik-Forschungsinstituts	Bayerisches Bildungsticket für Auszubildende, Schüler/innen und Studierende	Stärkere Regulierung des Taxibetriebs	Vernetzung von ÖPNV mit Car- und Bikesharing	Pilotregionen zur Erprobung des Autonomen Fahrens	Förderung der Infrastruktur für E- und Gasmobilität
Kein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge	Einheitlicher ÖPNV-Tarif für ganz Bayern	Bayerisches Senior/innenticket	Nahverkehrsabgabe für Unternehmen	Mobilitätsgarantie für Bayern	Förderung von Ortsumgehungsstraßen	Ablehnung einer Pkw-Maut
Mehr Stellplätze für Autos mit Hybrid- oder Elektromotor	Online-Tickets für den ÖPNV	Mehr Investitionen in den Öffentlichen Nahverkehr	Kein S-Bahn-Tieftunnel durch das Münchner Stadtzentrum	Kostenloser ÖPNV für Kinder und Jugendliche, Schüler/innen, Azubis und Studierende	Untertunnelung der A73	Elektrifizierung des bayerischen Eisenbahnnetzes
Flächendeckendes Netz leistungsstarker Ladestationen	Ausbau des Straßennetzes	Stärkung der Elektromobilität	Ausbau des Schienenverkehrs	Untertunnelung der A73	Vervollständigung des Münchner Autobahnringes	Ausbau des ÖPNV in Stadt und Land
Unterstützung von Carsharing-Konzepten	Ausbau des ÖPNV	Bessere Arbeitsbedingungen im ÖPNV	Reaktivierung stillgelegter Strecken	Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur	Ausbau des ÖPNV auf dem Land	Barrierefreie Mobilität
Deregulierung des Taxi-Marktes	Neuanschaffung von 2000 Bussen, 100 Trambahnen und 50 U-Bahnen	Ausbau von Radwegen	Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene	Radverkehrsgesetz für Bayern	Bessere Anbindung zwischen Großstädten und ihrem Umland	Einheitlicher ÖPNV-Tarif für ganz Bayern
Bau einer dritten Startbahn am Münchner Flughafen	WLAN im gesamten ÖPNV bis 2020	Radgesetz für Bayern	Barrierefreie und nutzerfreundliche Bahnhöfe	Leichtere Einrichtung von Tempo-30-Zonen	Bayernweit einheitliches Tarifsystem	Mehr Fahrradabstellanlagen in Bahnhöfen
Dauerhafte Express-S-Bahn zum Flughafen München		Flächendeckendes Netz von Ladesäulen für E-Mobilität		Flächendeckendes Netz an Lademöglichkeiten mit Strom aus erneuerbaren Energien		Bayernweites Radverkehrsnetz
						Bau von Radschnellwegen

FDP

Mehr Fahrradwege in Ballungszentren

Mehr Abstellplätze für Fahrräder an Knotenpunkten

Ausbau des bayerischen Schienennetzes

Elektrifizierung wichtiger Bahnstrecken in Bayern

Verlagerung des Fernfrachtverkehrs auf die Schiene

Ausbau des Bahnknotens München

Ausbau des Zulaufs zum zukünftigen Brennerbasistunnel

Ausbau der transeuropäischen Bestandsstrecke zwischen Frankfurt und Nürnberg

Freigabe von Fahrplänen und Anschluss an Buchungssysteme

Ausbau barrierefreier Mobilität

CSU**SPD**

Besserer Schutz vor Fluglärm

Keine dritte Startbahn für den Flughafen München

DIE LINKE

Keine Privatisierungen im Schienenverkehr

Keine Privatisierung öffentlicher Verkehrsinfrastruktur

Förderung der Elektromobilität im öffentlichen Verkehr

Abschaffung der Pendlerpauschale

Verbindlicher Landesmobilitätsplan

B 90/Die Grünen

Förderung des Carsharing

Sanierung maroder Straßen

Konsequenter Lärmschutz

Keine dritte Startbahn am Flughafen München

Nachtflugverbot von 22:00 bis 6:00 Uhr

Start- und Landegebühren nach Schadstoffemissionen

AfD

Kein kostenloser Nahverkehr in Großstädten

Vollautomatisierung der U- und S-Bahnen

Volksabstimmung zum Bau einer dritten Startbahn am Flughafen München

Bessere Fernbahnanbindung des Münchner Flughafens

Freie Wähler

Keine dritte Startbahn am Münchner Flughafen

Stärkung des Nürnberger Flughafens und des Allgäu Airport Memmingen

Gesamtbayerisches Flughafenkonzept

Naturnaher Ausbau der Schifffahrtswege

Förderung von Home-Office-Arbeitsplätzen zur Entlastung des Verkehrs

FDP	CSU	SPD	DIE LINKE	B 90/Die Grünen	AfD	Freie Wähler
Beobachtung und Kontrolle gebietsfremder Arten	Stärkung bayerischer Naturparks mit Naturparkzentren und Naturparkrangern	Renaturierung von Mooren	Mehr Mittel zur Förderung der Bienenhaltung	Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie	Größere Artenvielfalt beim Energiepflanzenanbau	Keine Privatisierung der Trinkwasserversorgung
Sensibilisierung für den Lebensraum der Bienen	Umweltbildung stärken	Umweltfreundliche Landwirtschaft	Eindämmung der Lichtverschmutzung	Keine Privatisierung der Wasserversorgung	Keine nicht-staatlichen Pseudo-Nachhaltigkeitszertifikate	Besserer Schutz des Wassers vor Schadstoffeinträgen
Vereinfachung der Migrationsbewegungen der europäischen Tierwelt	Biodiversitätszentrum in der Rhön	Stärkere Vernetzung der Schutzgebiete	Einführung einer Ressourcenverbrauchsabgabe	Begrenzung des Flächenverbrauchs	Kein Abholzen von Wäldern zur Errichtung von Windkraftanlagen	Bessere Abwasserreinigung
Differenzierter bayerischer Wasserschutzrahmenplan	Walderlebnis- und Eichenzentrum im Spessart	Dritter Nationalpark	Biologisch-mechanische Abfallbehandlungsanlagen	Schutz sensibler Alpenregionen	Keine weiteren Nationalparks in Bayern	Mehr Unterstützung der Kommunen für Hochwasserschutz
Maßnahmenkoordination zum Wasserschutz durch das bayerische Umweltamt	„Zentrum Naturerlebnis alpin“ am Riedberger Horn	Begrenzung des Flächenverbrauchs	Verbot von Müllimport aus dem Ausland	Naturnahe Forstwirtschaft	Förderung von Naturparks und Biosphärenreservaten	Mehr Vorsorge gegen Gewässerverschmutzung durch Hochwasser
Neuausweisung von Überschwemmungsgebieten mit Bebauungsverbot	Begehbare Donauaquarium	Vorrang der Innenentwicklung	Verbot von Plastik-Einkaufstüten	Intensive Beobachtung des Insektensterbens im Umweltministerium	Prüfung der NERC-Berechnungsgrundlagen	Sanierung der Wasser- und Abwassernetze
Verwendung öffentlicher Flächen für Poldergebiete	Artenschutz mehr Bedeutung geben	Keine Privatisierung der Wasserversorgung	Ökologisch nachhaltiges Beschaffungswesen	Umsetzung der nationalen und europäischen Biodiversitätsstrategie	Maßnahmen gegen die Ausbreitung gebietsfremder Arten	Schutz der Wälder
Unterstützung bayerischer Nationalparks	Schutz der Bienen	Mehr natürliche Flüsse und Flussauen	Keine Privatisierungen in der Wasserwirtschaft	Höherer Anteil ökologischer Vorrangflächen	Mehr Grün in den Städten	Kein unnötiger Flächenverbrauch
Weitere Nationalparks nur bei Zustimmung der Bevölkerung	Bayerisches Artenschutzzentrum in Augsburg	Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie	Keine Privatisierung von Staats- und Kommunalwäldern	Ausweisung eines Nationalparks Steigerwald	Erosionsmindernde Bodenbewirtschaftung	Besserer Schutz der Böden
Erhalt ausgewiesener Schutzzonen im Alpenland	10 Mio. für Artenschutzprogramm	Schutz der bayerischen Alpen	Renaturierung aller Moore in den Staatswäldern	Dritter bayerischer Nationalpark in den kommenden Jahren	Programme zum Schutz von Bienen	Unterstützung von Waldbauern
Ombudsperson für kommende Generationen im Landtag	Schaffung einer bayerischen Entsiegelungsprämie	Förderung der Bergland- und Almwirtschaft	Weiterentwicklung des Waldgesetzes für Bayern	Konzept für Biotopverbundsystem aus Naturwäldern	Kein Stellenabbau in staatlichen Forstämtern	
Einheitliches Umweltgesetzbuch für Bayern			Zwei weitere Nationalparks in Bayern	Verhinderung des Einmischens gebietsfremder Arten		
				Stärkung der Landschaftspflegeverbände		

FDP	CSU	SPD	DIE LINKE	B 90/Die Grünen	AfD	Freie Wähler
Keine direkten staatlichen Markteingriffe	Mehr Vertrauen für bäuerliche Kultur schaffen	Keine Patente auf Pflanzen und Tiere	Förderung umweltverträglicher Produktionsformen	Reform der Agrarförderung	Keine Enteignung landwirtschaftlicher Flächen	Erhalt bäuerlicher Landwirtschaft
Einsatz für den Landwirt als Unternehmer	Schutz von landwirtschaftlichem Eigentum	Ablehnung von Gentechnik	Zusammenschluss von Bäuerinnen und Bauern durch Erzeuger- oder Absatzgenossenschaften	Halbierung des Einsatzes von Pestiziden und Mineraldüngern bis 2030	Sicherung der Überlebensfähigkeit konventioneller und biologischer Landwirtschaft	Finanzielle Förderung höherer Tierwohlstandards
Aufhebung von Handelshemmnissen und Schutzzöllen	Förderung der Digitalisierung in der Landwirtschaft	Ausweitung des Ökolandbaus auf 20 Prozent der Landesagrarfläche	Ablehnung von Gentechnik	Europaweites Verbot von Glyphosat und Neonicotinoiden	Freier Tausch und Handel mit Saatgut alter Sorten	Gentechnikfreies Bayern
Verhinderung von Monopolen	1.000-Feldroboter-Programm zur Reduzierung von Schädlingsbekämpfungsmitteln	Stärkere Vermarktung bayerischer Bioprodukte	Keine Patente auf gezüchtete Pflanzensorten und Nutztiere	Ablehnung von Gentechnik	Ende der Brandmarkung von Anbindehaltung als Tierquälerei	Förderung und Bewerbung regionaler Lebensmittel
Staatliche Hilfe bei der Erschließung interessanter Zielmärkte	Zahlung eines Digitalbonus	Bayerische Pestizid-minimierungsstrategie	Sofortiges Verbot von Pestiziden	Weniger Antibiotika in der Tiermast	Unbürokratischer Ersatz von Schäden durch Wildtiere	Förderung der stallungsnahen Schlachtung von Tieren
Abbau von Bürokratie	Landwirtschaftsverwaltung wieder in Bezirksregierungen integrieren	Stärkere Kontrolle der Düngeverordnung	Ökologischer Pflanzenschutz	Faire Preise für die bayerischen Milchbäuerinnen und Milchbauern	Balance zwischen Ansprüchen von Wildtieren und Interessen der Land- und Teichwirte	Senkung der Auflagen für Direktvermarktungsbetriebe
Spezialisierte Pflanzenschutzstrategien		Förderung unabhängiger Forschung zur Wirkung von Pestiziden		Klare gesetzliche Haltungskennzeichnung		Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel
Nachhaltige Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln		Stärkere Förderung von Naturschutzflächen in der Landwirtschaft		Ausweitung des Ökolandbaus auf 20 Prozent der Landesagrarfläche bis 2025		Kein standardmäßiger Einsatz von Antibiotika in der Tierfütterung
Ausbau der konzernunabhängigen Pflanzenzucht		Stärkere Sanktionierung von Versäumnissen bei der Lebensmittelkennzeichnung		Stärkung des Ökolandbaus in der Aus- und Fortbildung		Reduzierung der Lebensmittelverschwendung
Förderung der digitalen Landwirtschaft		Rechtssichere Veröffentlichung der Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen		Förderung der bioregionalen Produktvielfalt		Förderung regional besonderer Bewirtschaftungsweisen
Förderung verbesserter Haltungsformen von Tieren		Nährwertampel für Lebensmittel		Vermittlung von Wissen über gesunde Lebensmittel in Kitas und Schulen		Bürokratieabbau
Freiwilliges staatliches Tierwohl-Label		Stärkung der bayerischen Verbraucherschutzorganisationen				Weiterentwicklung der Europäischen Agrarpolitik
Verbot der Ausbringung von Klärschlamm						Bessere Ausbildung in der Land- und Ernährungswirtschaft
						Effektive Managementpläne für große Beutegreifer

FDP	CSU	SPD	DIE LINKE	B 90/Die Grünen	AfD	Freie Wähler
Erhöhung des Tierschutzes für alle Tierarten	-	Kompetenzzentrum für Ersatzverfahren zum Tierversuch	Stärkung des bayerischen Tierschutzbeirats	Unabhängiger Tierschutzbeauftragter für Bayern	Konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze	Förderung der stallungsnahe Schlachtung von Tieren
Negativ-Datenbank über missglückte Tierversuche		Stärkere Förderung der artgerechten Nutztierhaltung	Verbot des Schlachtens ohne wirksame Betäubung	Mehr Kontrollen tierhaltender Betriebe und Schlachthöfe	Ablehnung von nicht-heilenden Eingriffen wie das Kupieren von Schwänzen oder das Schnabelkürzen	Zuschüsse für Tierheime und Tierauffangstationen
Langfristige Abschaffung von Tierversuchen		Keine Massentötung männlicher Eintagsküken	Verbot von Tierversuchen	Konsequente Reduzierung von Tierversuchen	Anpassung der Tierschutzverordnungen an den neuesten Stand	Förderung von Alternativen zu Tierversuchen
Videoüberwachung bei Tiertransporten		Maximale Transportdauer für Lebeltiere von 8 Stunden	Kennzeichnungspflicht für vegane Produkte bezüglich ihrer Herkunft	Wirksame Kontrollen beim Transport und bei der Schlachtung von Tieren	Gesetzlich verbindliches Kennzeichnungssystem für Haltungskonzepte	Bewährtes Jagdrecht beibehalten
Verbot der Schlachttiertransporte in EU-Drittländer		Höhere Kontrolldichte bei Tiertransporten	Verbot des Handels mit Wildtieren und Reptilien	Regionale Schlachtstätten möglichst in kommunaler Hand	Verbot des betäubungslosen Schlachtens	
Genehmigung von Transporten durch die Veterinärämter		Investitionsförderung für Tierheime	Mittelfristiges Verbot der Tierhaltung im Zirkus	Videoüberwachung für sensible Bereiche der Schlachtung	Aktives Wildtiermanagement	
Videoüberwachung in Schlachthöfen		Förderung der Kastration freilebender Katzen	Einführung eines Hundeführerscheins	Keine Massentötung männlicher Eintagsküken	Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz der Jagd	
Konkrete Mindestanforderungen für die Haltung von Haus-, Nutz- und Zootieren		Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen	Kastrationspflicht für freilaufende Katzen	Finanzielle Absicherung von Tierheimen		
Unterstützung des Wildtierverbots in Zirkussen		Förderung einer umwelt- und tierschutzgerechten Jagd	Maximale Dauer von 3 Stunden für Schlachttiertransporte			
Aktualisierung der bayerischen Hunderassenliste		Bekämpfung der Tötung streng geschützter Tierarten	Verbot der Hobbyjagd			
Anreize für den Erwerb eines Hundeführerscheins			Unterstützung von Tierschutzvereinen und Tiertafeln			
Beobachtung und Kontrolle gebietsfremder Arten			Aufklärungsarbeit über Tierschutz und Tierrechte an Schulen			
Vereinfachung der Migrationsbewegungen der europäischen Tierwelt						

FDP	CSU	SPD	DIE LINKE	B 90/Die Grünen	AfD	Freie Wähler
Erleichterung von Investitionen in den Wohnungsmarkt	Fortführung des Förderprogramms für kommunalen Wohnungsbau bis 2025	Bau von 25.000 Wohnungen	Mehr Mitspracherecht für Mieterinnen und Mieter	Förderung des sozialen Wohnungsbaus mit 1 Milliarde Euro jährlich	Unterstützung des Kaufs einer eigengenutzten Immobilie	500.000 Euro Grunderwerbsteuer-Freibetrag für Familien mit zwei Kindern
Erleichterung des Erwerbs von Eigenheimen	Nutzbarmachung staatlicher Grundstücke	Vergünstigte Abgabe staatseigener Grundstücke an Wohnungsbau-gesellschaften	Kollektives Vorkaufsrecht für Mieterinnen und Mieter	Änderung des Grundsteuergesetzes zur zügigen Umsetzung von Bauvorhaben	Keine Grunderwerbsteuer für die eigengenutzte Immobilie	Keine Grunderwerbsteuer für den sozialen Wohnungsbau
Keine Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie	Gründung einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft	Erhöhung der Landesmittel für den Wohnungsbau auf jährlich 350 Millionen Euro	Bau von jährlich 40 000 Sozialwohnungen	Unterstützung der Kommunen bei der Gründung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften	Steuerliche Sonderabschreibung für die eigengenutzte Immobilie	Höherer staatlicher Zuschuss für den sozialen Wohnungsbau
Abschaffung der Mietpreisbremse	250 zusätzliche Stellen für die bayerische Bauverwaltung	Längere Sozialbindung geförderter Wohnungen	Verbindliche Quote an sozialgebundenen Wohnungen	Durchsetzung einer wirksamen Mietpreisbremse	Eigenkapitalförderung für die eigengenutzte Immobilie	Baukindergeld in Höhe von 2.000 Euro für 10 Jahren
Mehr ausgewiesene Baugebiete in Orten mit hohem Mietdruck	Keine Mietpreiserhöhungen für staatliche Wohnungen in den nächsten fünf Jahren	Ermöglichung gebietsüberschreitender Wohnungsbau-gesellschaften	Landesprogramm für Altbau-sanierung	Einheitliche Regelungen bei der Erstellung von Mietpreisspiegeln	Stärkung der kommunalen Wohnungsbauprogramme	Höhere Abschreibungsmöglichkeiten im Wohnungsbau
Verbindliche Fristen bei Baugenehmigungsverfahren	Bayerische Eigenheimzulage in Form einer einmaligen Grundförderung	Fokussierung auf den Geschosswohnungsbau	Ergänzung aller Förderregeln um die Punkte Barrierefreiheit und Klimagerechtigkeit	Stärkere Bürgerbeteiligung bei Orts- und Stadtentwicklung	Mehr genossenschaftliche Wohnungsbauprojekte	Höhere Einkommensgrenzen für geförderten Wohnraum
Bauanträge in digitaler Form	Bayerisches Baukindergeld	Vereinfachung der bayerischen Bauordnung	Mehr Wohnheimplätze für Studierende und Azubis	Verankerung des Klimaschutzes in den bayerischen Baugesetzen	Einmaliges Bau-Start-Kindergeld in Höhe von 15.000 Euro für jedes Kind	Beschränkung des Immobilienverkaufs an Nicht-EU-Ausländer
Harmonisierung der Bauordnungen der Bundesländer	Revitalisierung von Ortskernen	Schaffung barrierefreier Wohnungen	Erhöhung des Wohngelds	Abschaffung der Stellplatzpflicht zur Senkung der Baukosten	Keine staatlichen Eingriffe bei der Asylbewerberunterbringung	Förderung der Bestands-sanierungen in Ortskernen
Hinterfragung bayernspezifischer Besonderheiten in der Landesbauordnung		Wirksame Umsetzung der Mietpreisbremse	Wiedereinführung des Heizkostenzuschlags	Stärkere Förderung von Denkmalschutz und Denkmalpflege	Mehr Sozialwohnungen in den Ballungszentren	Förderung für Landwirte, die Mietwohnraum schaffen
Erleichterung des modularen und seriellen Bauens		Ausweitung des Städtebauförderungsprogramms des Bundes	Konsequente Einhaltung der Mietpreisbremse		Bezahlbarer Wohnraum für Studenten	Erhalt und Ausbau der „Einheimischenmodelle“ zur Deckung des Wohnbedarfs der ortsansässigen Bevölkerung
Einführung eines Baukosten-TÜV		Erneuerung des Bodenrechts	Abschaffung der Modernisierungumlage		Keine Ausdehnung der Energieeinsparverordnung auf Altbauten	Erleichterung der Aufstockung von Bestandsgebäuden
Kritische Prüfung der Garagen- und Stellplatzverordnung		Modernisierung der Grundsteuer	Erhalt von Orts- und Dorfkernen		Keine Förderung der Gebäudevoll- und Fassaden-dämmung	
			Mehr Mitsprache bei Stadtumbauprojekten			

FDP

Degressive Abschreibung auf Wohnimmobilien

Privatisierung aller nicht für Staatszwecke genutzten Grundstücke und Liegenschaften

Erleichterung der Nachverdichtung

Ablehnung vermeidbarer Zersiedelung

Schutz des Landschaftsbildes

Erleichterung der Umwandlung von Gewerbebrachen in Wohnfläche

Keine Lockerung des Anbindegebots

Fairer Interessenausgleich zwischen Denkmalschutz und Denkmaleigentümern

CSU

SPD

DIE LINKE

Verpflichtender Mietspiegel ab einer Bevölkerung von 25.000

Einführung eines Zweckentfremdungsverbots

Ahndung von Mietwucher

Keine Privatisierung von öffentlichem Boden

Stärkere Besteuerung von Spekulationsgewinnen

Bodenpreisdeckelung

Verbandsklagerecht für Mietervereine

Mietspiegel für Gewerbeflächen

Gesetzliche Begrenzung von Gewerbemieten

Bayerische Wohnungsnotfallstatistik

B 90/Die Grünen

AfD

Vereinfachung des bayerischen Baurechts

Entscheidungsfreiheit bei Investitionen zum Energiesparen

Freie Wähler

Förderung des Lehrlings- und Werkwohnungsbaus

Verhinderung preistreibender Mietrechtsverschärfungen

Bessere Verkehrsbedingungen für Pendler

Mehr Wohnungsbau auf dem Land

Innere Sicherheit, Offene Gesellschaft und Europa

FDP	CSU	SPD	DIE LINKE	B 90/Die Grünen	AfD	Freie Wähler
Mehr Polizeipräsenz	Stärkung der bayerischen Grenzpolizei	Personelle Aufstockung der Polizei	Abschaffung des Bayerischen Integrationsgesetzes	Bürgernahe Polizei	Errichtung eines Präsidiums der Bayerischen Grenzpolizei	Kontrollen an Bayerns Grenzen aufrechterhalten
Erhalt funktionsfähiger Polizeiinspektionen	3.500 zusätzliche Stellen für Polizei und Grenzpolizei	Erhalt kleiner Polizeidienststellen im ländlichen Raum	Schrittweiser Abbau von Geheimdiensten	Maßnahmenpaket zum Schutz von Einsatzkräften	Schlagkräftige bayerische Grenzpolizei	Schleierfahndung intensivieren
Erhöhung der Ausbildungskapazitäten	Reiterstaffel für jede Großstadt in Bayern	Abschaffung der bayerischen Grenzpolizei	Unabhängige Ermittlungen zu polizeilichem Fehlverhalten	Personelle Stärkung der Polizei	Konsequente Anwendung von Strafgesetzen	Zuverlässiger europäischer Grenzschutz
Verlagerung polizeilicher Aufgaben in den Verwaltungsdienst	Wiedereinrichtung eines Obersten Landesgerichts in Bayern	Neues Polizeigesetz	Einbeziehung von Bürgerrechtsorganisationen in die Polizeiausbildung	Individuelle Kennzeichnung für uniformierte Polizeibeamt/innen	Abbau des Personal mangels von Polizei und Justiz	Konsequentes Vorgehen gegen Gefährder und Reichsbürger
Angemessene Bezahlung von Polizisten	Transparenzgebot für Moscheevereine	Ausbau der Versorgung mit Frauenhäusern	Keine diskriminierenden polizeilichen Maßnahmen	Verschärfung des Waffenrechts	Mehr Beamte im Streifendienst	300 zusätzliche Stellen für die Mobile Reserve der bayerischen Polizei
Digitalisierung der Polizei	200 zusätzliche Stellen für Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzug	Identifizierbare Kennzeichnung von Polizeibeamt/innen	Individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamtinnen und -beamten	Förderung der Zivilcourage	Leistungsgerechtere Bezahlung von Polizisten	Digitalfunkgerät für jeden Polizisten
Ablehnung einer bayerischen Grenzpolizei	100 neue Stellen für Verwaltungsrichter zur Beschleunigung der Asylverfahren	Behebung des Personalengpasses an Gerichten	Abschaffung der Sicherheitswacht	Maßnahmenpaket gegen Wohnungseinbruch	Offensive zum Abbau der Überstunden	Weisungsrecht der Justizminister abschaffen
Identifizierbare Kennzeichnung für bayerische Polizisten		Bessere personelle Ausstattung der Staatsanwaltschaften		Europäische Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung	Strenge Ahndung von Übergriffen auf Polizisten	Öffentliche Ausschreibung von Stellen in der Justiz
Unabhängige Richterwahlkommission		Einführung von Richterwahlausschüssen		Abbau des Personal mangels im Justizwesen	Transparente Offenlegung von Polizeistatistiken	Fortbildungstagungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Sozial- und Arbeitsgerichtsbarkeit
Dreijährige Probezeit für Richter		Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs		Autonome Selbstverwaltung der Justiz	Unabhängige Selbstverwaltung der Justiz	Justizstandorte flächendeckend erhalten
Schlagkräftige „Cyber Crime-Einheit“ für die bayerische Polizei		Rechtssprechungsdatenbank		Justizopferentschädigungsfonds	Überwachung von Moscheevereinen	Abbau des Personal mangels im Justizwesen
Onlineangebot zur Anzeigenerstattung		Behebung der Personalnot im Justizvollzug		Bessere Unterstützung der Opfer von Straftaten	Schließung von freiheitsfeindlichen Moscheen	Rasche Digitalisierung des bayerischen Justizwesens
Fusion der Landesämter für Verfassungsschutz		Besseres Management des Übergangs vom Strafvollzug in das Leben in Freiheit		Fokus auf Resozialisierungsziel im Strafvollzug	Unaufgeklärte Straftaten dürfen nicht länger auf Verdacht einem extremistischen Spektrum zugeordnet werden	
				Landesresozialisierungsgesetz		

FDP	CSU	SPD	DIE LINKE	B 90/Die Grünen	AfD	Freie Wähler
Einsatz gegen jede Form von Extremismus	Sicherer Datenraum für kleine und mittlere Unternehmen	Verbot rechtsextremistischer Vereine und Netzwerke	Schutz des Versammlungsrechts	Entlassung von Rechtsextremen und Reichsbürger/innen aus dem öffentlichen Dienst	Ablehnung flächendeckender Videoüberwachung	Förderung von Projekten gegen rechten, linken und religiösen Extremismus
Rücknahme der Änderungen des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes	Bekämpfung von Extremismus von links und rechts	Eindämmung des Einsatzes von V-Leuten	Reduzierung der Kameraüberwachung	Kampf gegen Online-Hasskriminalität	Mehr Polizeistellen	Intelligente Videoüberwachung
Gleichberechtigtes Nebeneinander von Freiheit und Sicherheit	Strategie für mehr Objektivität in sozialen Medien	Landesamt für Verfassungsschutz als analytischer Informationsdienstleister	Persönliche Daten werden nur in Ausnahmefällen bei der Polizei gespeichert	Abschaffung des V-Personen-Systems	Rückkehr zum alten bayerischen Polizeiaufgabengesetz	Förderung des datensparsamen Umgangs der Bürger
Keine pauschale staatliche Überwachung		Verfassungsschutzbeauftragter für Bayern	Schutz antifaschistischer Demonstrationen vor neonazistischen Übergriffen	Stärkung der Zivilgesellschaft	Ablehnung verkehrsüberwachender Maßnahmen als pure Einnahmequelle des Staates	Stärkung des Bayerischen Landesbeauftragten für Datenschutz
Kein Zugriffsrecht des Verfassungsschutzes auf Vorratsdaten		Strikte Trennung von Polizei und Verfassungsschutz	Verankerung von Datenschutz in der Landesverfassung	Unterstützung von Beratungsstellen im Bereich Antidiskriminierung und Opferberatung	Kampf gegen Industriespionage und Cyberangriffe	Angemessene Personalausstattung der Datenschutzbehörden
Ablauffrist für bayerische Landesgesetze		Einrichtung eines unabhängigen Demokratie-Instituts	Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz	Stärkung der schulischen und außerschulischen Demokratiebildung	Schaffung eines sicheren Datenraums für den bayerischen Mittelstand	Zeitgemäße und mittelstandsfreundliche Datenschutzregeln
Einheitliche europäische Standards beim Datenschutz		Förderung der zivilgesellschaftlichen Ausstiegsberatung aus dem Rechtsextremismus	Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes	Bayerische Antidiskriminierungsstelle	Keine Verschärfung des Waffenrechts	Datenschutzkontrollinstitutionen in grundrechtssensiblen Bereichen
„One in, one out“-Prinzip für gesetzliche Vorschriften		Ablehnung des Absenkens der Eintrittsschwelle bei der Gefahrenabwehr	Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung	Kein Zugriffsrecht des Verfassungsschutzes auf Vorratsdaten	Konsequentes Vorgehen gegen linken Extremismus	Zentrale Datenschutzbeauftragte bei den Landkreisen
Ombudsperson für zukünftige Generationen auf Landesebene		Videoüberwachung öffentlicher zugänglicher Räume mit Augenmaß	Verbot von V-Leuten	Bessere Ausstattung der bayerischen Datenschutzbehörden		Informationspflicht für Online-Anbieter über die Verwendung von Nutzerdaten
Ablehnung von Staatstrojanern		Unabhängige wissenschaftliche Unterstützung für Sicherheitsbehörden	Verbot der NPD	Bessere Sicherung der Grundrechte der Menschen in Bayern		Reformierung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes
Ablehnung der Reform des bayerischen Verfassungsschutzgesetzes		Konsequente Entwaffnung der Reichsbürger*innen-Szene	Keine Überwachung antifaschistischer Strukturen durch den Verfassungsschutz	Trennungsgebot zwischen Polizei und Verfassungsschutz		Kennzeichnungspflicht für Softwareroboter

FDP	CSU	SPD	DIE LINKE	B 90/Die Grünen	AfD	Freie Wähler
Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild	Beschleunigung von Asylverfahren	Frühzeitige Vermittlung der deutschen Sprache	Abschaffung des Bayerischen Integrationsgesetzes	Beschleunigung des Zugangs zur Gesellschaft und zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt	Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft	Einwanderungsgesetz nach kanadischem und australischem Vorbild
Beschleunigung der Asylverfahren	Gründung eines Landesamts für Asyl mit rund 1.000 Mitarbeitern	Besserer Betreuungsschlüssel in KiTas für Kinder mit Förderbedarf beim Spracherwerb	Wahlrecht für dauerhaft in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten	Mehr Sprach- und Integrationskurse im ländlichen Raum	Rückkehr zum Abstammungsprinzip	Sozialleistungen für Einwanderer frühestens nach 5 Jahren in Deutschland
Beschleunigung des Zugangs zur Gesellschaft und zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt	Bayerisches Rückkehrprogramm für freiwillige Rückkehrer gründen	Mehr Lehrer/innenstunden für Deutschförderkurse	Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements von Menschen mit Migrationsgeschichte	Gezielte Förderung von Frauen und Kindern	Abweisung von Migranten ohne gültige Einreisepapiere an der Grenze	Begrenzung des Familiennachzugs für Asylbewerber
Unterbringung in isolierten Einrichtungen nur in Ausnahmefällen	Anreize schaffen für freiwillige Ausreisen	Ausbildung neuer Grundschullehrer/innen	Menschenwürdiges Existenzminimum für alle Menschen in Deutschland	Menschenrecht auf Bildung ab dem ersten Tag	Konsequente Abschiebung ausreisepflichtiger Asylbewerber	Beschleunigung von Asylverfahren
Konsequente Verfolgung von Asylbetrug	Keine falschen Anreize zur Zuwanderung	Aus- und Fortbildung von Lehrer/innen in den Bereichen „Deutsch als Zweitsprache“ und „interkulturelle Kompetenzen“	Unabhängige Beratungsstellen zur Vorbeugung von Diskriminierungen Interkultureller	Sicherer Aufenthaltsstatus für junge Geflüchtete mit Ausbildungsplatz	Auflösung der Härtefallkommission	Stärkere Einzelfallprüfung bei Asylverfahren
Beschleunigung rechtskräftiger Abschiebungen	Einführung von Werteunterricht für Zuwanderer	Islamunterricht von in Deutschland ausgebildeten Lehrer/innen	Aktive Maßnahmen gegen Bildungsbenachteiligungen	Bessere Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen	Verhinderung islamischer Parallelgesellschaften	Bessere Zusammenarbeit mit Herkunftsländern
Unterstützung von Unternehmen bei der Anstellung von Asylbewerbern	Umbau von Transitzentren in Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungs- (ANKER-) Einrichtungen	Leichter Zugang zum Arbeitsmarkt	Aufwertung der Herkunftssprachen	Elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete	Konsequente Überwachung von Salafisten und Gefährdern	Konsequente Durchführung von Abschiebungen
Keine Abschiebung von Flüchtlingen mit einem Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag	Bündelung relevanter Behörden in ANKER-Einrichtungen	Mehr Fördermittel für Kommunen	Besserer Zugang zum Arbeitsmarkt	Besonderer Schutz von Minderheiten	Strafrechtliche Verfolgung von Propaganda für den Dschihad	Sachleistungen vor Geldleistungen für Asylbewerber
Frühzeitige Vermittlung von Werten, Pflichten und der deutschen Sprache	Beschleunigung der Asylverfahren durch ANKER-Einrichtungen	Mehr Migrant/innen im öffentlichen Dienst	Besserer Zugang zu Gesundheitsleistungen und Pflege	Dezentrale Unterbringung von Geflüchteten	Registrierungspflicht für alle Moscheegemeinden	Weniger Leistungen für nicht integrationswillige Flüchtlinge
Spezielle Integrationsmaßnahmen für Frauen, Kinder und Senioren	Eigene Abschiebeflüge durchführen	Interkulturelle Kompetenz in der öffentlichen Verwaltung	Mehr Personal für Jugendmigrationsdienste	Zügiger Familiennachzug	Keine Finanzierung von Moscheen aus dem Ausland	Zuwanderer mit Bleiberecht schneller in Arbeit bringen
	Neue Abschiebehafteinrichtung bauen	Stärkere Unterstützung von Ehrenamtlichen	Möglichkeit zum Religionsunterricht für alle Religionsgemeinschaften	Abschiebestopp nach Afghanistan	Keine muslimischen Freitagsgebete auf Straßen oder Plätzen	Stärkung der Fluchtursachenbekämpfung
				Verbot von Burka und Niqab in der Öffentlichkeit		

FDP

CSU

5.000 Gemeinnützige
Arbeitsgelegenheiten für
Asylbewerber schaffen

Mangelnde Mitwirkung
sanktionieren

Abschiebung randalierender
Asylbewerber

SPD

DIE LINKE

B 90/Die Grünen

Genereller Winterabschie-
bestopp

Keine Transit-, Transfer-
oder Ausreisezentren

Achtung des Kirchenasyls

Bekämpfung der
Fluchtursachen

Keine Rüstungsexporte in
Krisen- und Konfliktgebiete

Gemeinsame europäische
Flucht- und Asylpolitik

Modernes Einwanderungs-
gesetz auf Bundesebene

Interkulturelle Kompetenz in
der öffentlichen Verwaltung

Staatlicher Islamunterricht
an Schulen

AfD

Freie Wähler

Verbot von Polygamie
und Zwangsheirat

Keine Beschneidungen ohne
medizinische Indikation

Schnelle Integration legal in
Bayern lebender Immigranten

Keine Integrations-
maßnahmen für abgelehnte
Asylbewerber

FDP	CSU	SPD	DIE LINKE	B 90/Die Grünen	AfD	Freie Wähler
Keine Altersbegrenzung für Bürgermeister und Landräte	Amtszeitbegrenzung von zehn Jahren für den Ministerpräsidenten	Verankerung von Volksinitiativen in der Bayerischen Verfassung	Stärkung der Beteiligungsrechte	Einführung eines bayerischen Transparenzgesetzes	Volksabstimmungen nach dem Vorbild der Schweiz	Wahlrecht ab 16 bei Kommunalwahlen
Kein Mindestalter für Ministerpräsidenten		Bürgerfreundlichere Gestaltung kommunaler Bürgerbegehren	Niedrigere Hürden für Volksabstimmungen	Auskunftsrecht für Kommunalpolitiker/innen	Ermöglichung der Abwahl von Amtsträgern der Exekutive	Volksabstimmungen über wichtige Fragen in Bayern und im Bund
Keine Altersbegrenzung für ein Schöffenamt		Frühzeitige Bürgerbeteiligung an Planungsprozessen	Ermöglichung von Bürgerhaushalten	Zeitgemäßes Open- und E-Government	Klagerecht bei Nichtumsetzung erfolgreicher Bürgerentscheide	Online-Eintragungen bei Volksbegehren und Volksinitiativen
Aktives Wahlrecht für Kommunal-, Bezirkstags- und Landtagswahlen ab 16 Jahren		Einführung eines bayerischen Transparenzgesetzes	Wahlrecht für Kommunal-, Bezirkstags- und Landtagswahlen ab 16 Jahren	Wahlrecht ab 16	Abschaffung des Weisungsrechts der Justizminister	Einführung von Volksinitiativen
Stärkung der Informations- und Mitwirkungsrechte der Bürger			Vereinfachte Teilnahme an Kommunalwahlen	Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen	Strafrechtliche Verfolgung von Ämterpatronage	Keine Altersbeschränkung für ein Schöffenamt
Bayerisches Informationsfreiheitsgesetz			Förderung des Demokratieverständnisses junger Menschen	Mehr Bürger/innenbeteiligung	Einführung eines Lobbyistengesetzes	Geringere Mindestbeteiligung bei Bürgerentscheiden
Zeitgemäßes Open- und E-Government			Demokratisierung öffentlicher Betriebe und Dienststellen	Kein Mindestalter für Ministerpräsident/innen	Deutliche Verkleinerung des Landtags	2 Jahre Bindungswirkung von Bürgerentscheiden
					Rückkehr zur Aufwandsentschädigung für Landtagsabgeordnete	Volle Transparenz bei Parteispenden
					Beschränkung der Amtszeit des Ministerpräsidenten und der Abgeordneten auf zwei Legislaturperioden	Bayerisches Lobby-Register
					Bayerisches Transparenzgesetz	Bayerisches Informationsfreiheitsgesetz
						Mehr Jugendparlamente in den Kommunen
						Bayerisches Seniorenmitwirkungsgesetz

FDP	CSU	SPD	DIE LINKE	B 90/Die Grünen	AfD	Freie Wähler
<p>Stärkere Unterstützung ehrenamtlicher Tätiger</p> <p>Stärkung des Vereinslebens in Kommunen</p> <p>Bereitstellung der nötigen Infrastruktur für Sportvereine</p> <p>Reduzierte Nutzungsgebühren von Sportanlagen und Hallen für ehrenamtliche Arbeit</p> <p>Ausbau von Mehrgenerationenhäusern und Bürgerzentren</p> <p>Förderung des Vereinssports</p> <p>Verstärkte Kooperationen zwischen Schulen und lokalen Vereinen</p>	<p>-</p>	<p>Stärkung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements</p> <p>Keine Verschiebung staatlicher Aufgaben ins ehrenamtliche Engagement</p> <p>Steuerliche Berücksichtigung von freiwilligem Engagement</p> <p>Bessere Unterstützung der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege</p> <p>Ausbau von Sportstätten</p> <p>Förderung des Vereinssports</p>	<p>Unterstützung der Sportvereine vor Ort</p> <p>Ausbau von Integrationsprojekten in den Sportvereinen</p> <p>Landesweites Sportstätten-sanierungsprogramm</p>	<p>Stärkere Unterstützung ehrenamtlicher Helfer/innen bei der Integration von Geflüchteten</p> <p>Qualifizierte Begleitung von Freiwilligen durch hauptamtlich Tätige</p> <p>Stärkere Unterstützung des Breitensports</p>	<p>Stärkung des Vereinslebens und des Brauchtums</p> <p>Bürokratieabbau für Vereine</p> <p>Verstärkte Kooperation von Schule, Ganztagsbetreuung und Sportvereinen</p>	<p>Ausweitung der Freistellungsmöglichkeiten für ehrenamtliche Rettungskräfte</p> <p>Flächendeckender Ausbau der Ehrenamtskarte in ganz Bayern</p> <p>Verdoppelung der staatlichen Zuschüsse für die Ehrenamtskarte</p> <p>Flächendeckende Finanzierung von Ehrenamtskoordinatoren</p> <p>Förderung des Nachwuchses im bayerischen Vereinsleben</p> <p>Stärkere Unterstützung von Vereinen und Jugendarbeit</p> <p>Ausnahme von Vereinen von der Datenschutzgrundverordnung</p> <p>Erhalt und Neubau von Sportstätten und Schwimmbädern</p> <p>Förderung des Vereinssports</p> <p>Stärkere Zusammenarbeit von Schule und Sportvereinen</p>

FDP	CSU	SPD	DIE LINKE	B 90/Die Grünen	AfD	Freie Wähler
Unterstützung der EU	-	Unterstützung der EU	Unterstützung der EU	Unterstützung der EU	Enge Zusammenarbeit mit den Regierungen bayerischer Nachbarländer	Unterstützung der EU
Ablehnung von Nationalismus und Abschottung		Gerechte Finanz- und Steuerpolitik	Europäisches Nachtzugnetz	Offene Binnengrenzen	Bilaterale Grenzraumkontrollen	Früheres Einwirken Bayerns auf den EU-Gesetzgebungsprozess
Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips		Förderung des Austauschs innerhalb Europas	Keine Zusammenarbeit mit rechtsradikalen europäischen Regierungen	Bayern als Motor der Integration	Effektiver europäischer Außengrenzschutz	Bayerns Stimme im Europäischen Ausschuss der Regionen stärken
Stärkung des Europäischen Parlaments		Einsatz für ein nachhaltiges Europa	Kurswechsel in der europäischen Asylpolitik	Keine Grenzkontrollen an den bayerisch-österreichischen Grenzen	Koppelung von Hilfsleistungen an die Rücknahme abgelehnter Asylbewerber	Europa auf den Gebieten der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik stärken
Stärkere Solidarität bei der Verteilung von Asylbewerbern		Werbung mit Best-Practice-Beispielen	Verteidigung eines Europas ohne Grenzen	Ausbau europäischer Jugend- und Austauschprogramme	Europaweite Senkung von Asylleistungen auf verbindliches Mindestniveau an Sachleistungen	Volksentscheide über künftige Kompetenzabgaben an die EU
Einheitliche Standards beim Datenschutz		Europa der offenen Grenzen		Unterstützung von „Fairtrade Towns“, „Fairtrade Landkreisen“ oder „Fairtrade Schulen“		Stärkung der deutschen Sprache
Vertiefte Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedsstaaten		Einheitliche Regeln bei der Asylantragsstellung		Ablehnung von CETA, TTIP, TiSA und Co		Kein EU-Beitritt der Türkei
Abbau der Binnengrenzen innerhalb der EU		Menschenwürdige Aufnahmebedingungen				Jedes Land haftet für seine Schulden selbst
Keine Grenzkontrollen an den bayerisch-österreichischen Grenzen						Keine EU-Steuern
						Keine Europäische Einlagensicherung